

transparent

Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE)

Landesverband Sachsen-Anhalt e. V. / Lehrgewerkschaft im Deutschen Beamtenbund

Der VBE Sachsen-Anhalt

wünscht allen

*besinnliche
Weihnachtstage*

und ein glückliches

und vor allem

*gesundes
Jahr 2022!*



- Seite 3: 8-Punkte-Ideenkatalog „Alarmstufe rot – Rettung der Schulbildung“
- Seite 5: Schluss mit dem Stau auf der A 13 – A 14 für Lehrkräfte öffnen
- Seite 11: Silberbach: „So fährt die TdL die Verhandlungen vor die Wand“
- Seite 15: Schutz vor sexuellem Missbrauch – Wie Lehrkräfte spielend helfen lernen

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Mitglieder,



Torsten Wahl

dieses Kalenderjahr geht langsam seinem Ende entgegen. An dieser Stelle ist es ein guter Brauch, Ihnen und Ihren Familien eine schöne und besinnliche Weihnachtszeit und einen guten Start in das neue Jahr zu wünschen. Gerade in solchen unruhigen, anstrengenden und beanspruchenden Zeiten wie jetzt, ist es wichtig, sich auch auf althergebrachte Traditionen, Rituale oder Dinge zu besinnen. Deshalb wünsche ich Ihnen allen eine besonders schöne und besinnliche Weihnachtszeit, voller Lichterglanz und duftendem Gebäck sowie einen guten Rutsch in das neue Jahr. Nutzen wir alle die Zeit, um uns zu erholen und Kraft für das kommende Jahr zu schöpfen.

Seit September gibt es eine neue Landesregierung und eine neue Leitung des Bildungsministeriums. Mit Frau Eva Feußner haben wir eine seit vielen Jahren engagierte Politikerin als Ministerin und mit Herrn Frank Diesener als Staatssekretär einen Mann aus der Praxis. Wir als VBE Sachsen-Anhalt wünschen beiden Kraft und Weitblick, um die großen Probleme unseres Schulsystems im Land anzugehen und gute Lösungen auf den Weg zu bringen. Der geschäftsführende Vorstand des VBE Sachsen-Anhalt hat in naher Zukunft einen gemeinsamen Gesprächstermin mit der Leitung des Bildungsministeriums vereinbart. Wir werden Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, über die Ergebnisse unseres Gesprächs spätestens in der nächsten „transparent“- Ausgabe informieren.

Es gibt viele Problemlagen im Bildungsbereich unseres Landes. Doch das größte, alles überschattende Problemfeld in unserem Land ist der Lehrkräftemangel. In diesem Zusammenhang hat der VBE Sachsen-Anhalt wichtige Beschlüsse für seine weitere bildungspolitische Arbeit auf den Weg gebracht. Sie können natürlich nicht die eine Lö-

sungsstrategie sein oder den einen machbaren Weg darstellen. Doch unsere Beschlüsse können die berühmten Mosaiksteine eines gelingenden Gesamtbildes werden.

Ein ganz anderes Problemfeld ist die Bezahlung bzw. Vergütung der tarifbeschäftigten Pädagoginnen und Pädagogen in unserem Land. Es geht um die weitere Entwicklung der Tabellenentgelte in allen Bereichen. Letztlich profitieren natürlich auch die verbeamteten Kolleginnen und Kollegen davon. Wer über Jahre das System Bildung trotz widriger Umstände am Laufen hält, der sollte unserer Ansicht nach auch entsprechend vergütet werden. Unsere Forderungen für alle Beschäftigten sind bekannt. Der VBE steht gemeinsam mit dem dbb beamtenbund und tarifunion natürlich auch für die schnelle Übertragung möglicher Tarifergebnisse auf den Beamtenbereich. Leider gab es zum Redaktionsschluss überhaupt noch keine Bewegung in die Tarifverhandlungen, nur Stillstand. An dieser Stelle möchten wir uns recht herzlich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die durch ihre Mitarbeit und Engagement bei den verschiedensten Aktionen den VBE Sachsen-Anhalt aktiv tätig waren und uns unterstützt haben.

Zum Abschluss muss ich leider mit einer Tradition brechen. In den vergangenen Jahren wurde hier auf den Deutschen Lehrertag in Leipzig verwiesen. Im nächsten Jahr wird dieser nicht stattfinden. Die neuen Rahmenbedingungen der Messe Leipzig haben sich stark verändert, so dass der VBE (Bundesverband und Landesverbände) diese finanziellen Belastungen nicht mehr tragen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns hoffnungsvoll und zuversichtlich auf das kommende Jahr schauen und genießen wir die Advents- und Weihnachtszeit.

Ihr Torsten Wahl
Landesvorsitzender

10 nach 12 für die Sekundarschulen und Gemeinschaftsschulen – Qualität des Unterrichts in Gefahr

„Die Unterrichtsversorgung der Sekundar- und Gemeinschaftsschulen hat in den letzten 10 Jahren stetig abgenommen. Aber jetzt ist ein Punkt erreicht, bei der die Qualität des Unterrichts für die Schülerinnen und Schüler nicht mehr hinnehmbar ist. Für die Sekundar- und Gemeinschaftsschulen ist es eigentlich schon 10 nach 12“, schätzt Torsten Wahl, Vorsitzender des VBE Sachsen-Anhalt, die Lage für diese Schulformen ein. Er bezieht sich damit auf Ergebnisse aus der Antwort einer Anfrage des Landtagsabgeordneten T. Lippmann an das Bildungsministerium.

„Mehr als die Hälfte aller Sekundarschulen und etwa ein Drittel aller Gemeinschaftsschulen haben eine Unterrichtsversorgung unter 90 %. Sie sind damit noch nicht einmal in der Lage, den Schülerinnen und Schülern den ihnen zustehenden Unterricht zu gewährleisten und das entsprechende Wissen zu vermitteln“, so T. Wahl weiter.

Was für diese beiden Schulformen fehlt ist eindeutig eine Imagekampagne und eine ausreichend fachliche Unterstützung des Unterrichts. Dabei hilft nicht allein die Ein-

stellung von Seiteneinsteigenden, sondern durchaus, dass Personal aus anderen, etwas besser versorgten Schulformen hier eingesetzt wird. Dies ergibt sich aus weiteren vorliegenden Daten. Unterrichtsfächer werden zum Teil nur für die Abschluss- und Vorabschlussjahrgänge angeboten oder erscheinen als „nicht erteilt“ auf dem Zeugnis. Dass sich diese Situation in den nächsten Jahren verschlimmern wird, hängt mit der hohen Anzahl der Lehrkräfte mit 55 Jahren und älter sowie mit einer viel zu geringen Einstellungsquote in diesen Schulformen zusammen. Besonders dramatisch wird es im Bereich der mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichtsfächer. Eine Kürzung der Stundentafel, insbesondere in den Kernfächern oder eine Erhöhung des Klassenteilers sind der völlig falsche Weg.

„Die sehr schlechte Unterrichtsversorgung und das Nichterteilen von Unterricht sind ein trauriges Zeichen für eine seit mehr als 10 Jahren völlig falsch orientierte und nur auf das Abitur ausgerichtete Bildungspolitik“, so Wahl.

„Alarmstufe rot – Rettung der Schulbildung“

Wir haben keine Zeit mehr – jetzt sofort handeln – ohne Wenn und Aber!

Nicht nur unser Klima steht am Abgrund, auch unsere Schulbildung ist genau dort – am Abgrund!

Wenn wir nicht zeitnah und mit aller Anstrengung handeln, wird unsere schulische Bildung in Sachsen-Anhalt in einem Desaster enden. Es kann keine Ausreden, taktische Spielchen oder finanzpolitische Ausreden mehr geben. Die Uhr zeigt schon fünf nach zwölf an.

Der VBE Sachsen-Anhalt fordert alle handelnden Personen in diesem Zusammenhang auf, sich von althergebrachten Ideologien zu befreien und gemeinsam für eine umfassende und vor allem schnelle Veränderung im Bildungsbereich zu sorgen. Eine „unterirdische“ Unterrichtsversorgung von 90 % und weniger und eine generelle Überlastung der pädagogisch tätigen Personen in Schule lassen keinen Spielraum mehr zu.

Der geschäftsführende Vorstand hat, um das beschriebene Desaster zu verhindern, ein Acht-Punkte-Katalog beschlossen.

Unsere Kinder haben eine Schule mit ausreichenden und qualifizierten Pädagoginnen und Pädagogen verdient. Alles andere ist ein Betrug an unserem höchsten Gut, nämlich unseren Kindern.

Acht-Punkte-Ideenkatalog des VBE:

1. Unterrichten muss Priorität haben. Das reine Aufsichtsführen, darf nicht zum Alltag gehören. Eine Rücknahme der Kürzungen in der Stundentafel in den betreffenden Schulformen muss erfolgen. Die Klassenstärke darf die Zahl 25 nicht übersteigen.
2. Universitäre Ausbildung von Lehramtsstudierenden muss sich zwingend an die Empfehlungen der Expertenkommission halten und diese sofort umsetzen – mindestens 1500 Erststudierende pro Jahr für die nächsten 10 Jahre immatrikulieren.
3. Unbedingte Anpassung der Studienfachangebote an die Bedarfslagen der Schulen – Prioritäten müssen im Bereich der MINT-Fächer liegen. Sofortige Aufhebung der NC-Regelungen für alle Schulformen.

Impressum

VBE transparent – Zeitschrift des Verbandes Bildung und Erziehung, Landesverband Sachsen-Anhalt

Herausgeber:
Verband Bildung und Erziehung Sachsen-Anhalt

Redaktionelle Bearbeitung:
Torsten Wahl, Forellenweg 13, 06463 Falkenstein/Harz,
Tel.: 034741/990467, Fax: 034741/748024

Landesgeschäftsstelle:
Feuersalamanderweg 25, 06116 Halle/Saale,
Telefon: 0345/6872177, Fax: 0345/6872178,
Internet: www.vbe-isa.de, E-Mail: post@vbe-isa.de

Bankverbindung
Sparkasse Halle, IBAN: DE81800537620387011317,
BIC: NOLADE21HAL

Basisgestaltung:
Typoly Berlin, www.typoly.de

Fotos

S. 1, S. 5, S. 6, – Pixabay.com, S. 2 – M. Urban, VBE Sachsen-Anhalt, S. 4 – T. Wahl, M. Urban/VBE Sachsen-Anhalt, S. 5 – VBE Sachsen-Anhalt, S. 9 – L. Tietze, S. 9, 10 – V. Kühne, S. 10, S. 11 – D. Nitsche, S. 11, S. 12 – F. Windmüller, S. 22 – M. Urban, S. 23 – M. Urban, S. 23 – A. Roewer, S. 25 – Christine Fenzl, S. 25 – Freya Grundmann, Ballhaus West

Gesamtherstellung, Verlag, Anzeigenverwaltung:
Wilke Mediengruppe GmbH, Oberallener Weg 1, 59069 Hamm,
Tel.: 02385/46290-0, Fax: 02385/46290-90,
E-Mail: info@einfach-wilke.de, www.einfach-wilke.de

Die offizielle Meinung des VBE Sachsen-Anhalt geben nur gekennzeichnete Verlautbarungen der satzungsgemäßen Organe des VBE Sachsen-Anhalt wieder. Die mit Namen oder Pseudonym gekennzeichneten Artikel stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein. Die Artikel werden nach bestem Wissen veröffentlicht und erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Rechtsansprüche können aus der Information nicht hergeleitet werden.

Redaktionsschluss für Ausgabe 4/2021: 08.11.2021

ISSN 2190-4499

4. Novellierung der Altersermäßigung – ab dem 55. Lebensjahr muss eine, aufsteigend bis zum 63. Lebensjahr müssen fünf Unterrichtsstunden Ermäßigung gewährt werden.
5. Einführung von freiwilligen Arbeitszeitkonten – die Wahl, ob Auszahlung oder Freizeit, obliegt den Pädagoginnen und Pädagogen. Ein vorzeitiger Eintritt ins Rentenalter bzw. Pension muss möglich sein.
6. Mehrarbeit bzw. Mehrstunden dürfen zwei Stunden pro Woche nicht übersteigen.

7. Qualitativ hochwertige und praxisnahe Fort- und Weiterbildungen müssen in ausreichender Zahl angeboten werden.
8. Multiprofessionelle Teams müssen zur Entlastung der Schulen etabliert werden.

Halle, 14.10.2021

Geschäftsführender Vorstand des VBE Sachsen-Anhalt

Hauptvorstandssitzung des VBE Sachsen-Anhalt 2021

Am 15.09.2021 fand die Hauptvorstandssitzung des VBE Sachsen-Anhalt seit dem Beginn der coronabedingten Pandemie statt.

Die Mitglieder des Hauptvorstandes berieten über die aktuellen Probleme und Fragen, die sich aus den vergangenen anderthalb Jahren rekrutierten. Als Rahmen diente der Geschäftsbericht des geschäftsführenden Vorstandes. Die Diskussion beinhaltete zunächst Hinweise, Probleme und Erfahrungen, die sich aus den durchgeführten Schulschließungen ergaben. Auch die Ergebnisse der Personalratswahlen standen im Fokus. Aber auch der Ausblick in die Zukunft wurde thematisiert. Dazu gehörten u. a. auch Fragen zum Einsatz und zur Verwendung von digitalen Endgeräten, die vom Land dem pädagogischen Personal zur Verfügung gestellt werden sollen. Anregungen zu thematischen Fortbildungen im Rahmen des Verbandes standen genauso in der Diskussion wie der Umgang mit Seiteneinsteigenden und die anstehenden Tarifverhandlungen. Das alles umspannende Thema war natürlich der Lehrkräftemangel in unserem Land. Insbesondere der Grundschulbereich soll und muss gestärkt werden. Dazu berieten und beschlossen die Mitglieder das Papier „Schluss mit dem Stau auf der A13 – A14 für Lehrkräfte öffnen“. Mit diesem Papier wird zugleich die Öffnung eines Beförderungsamtes für den gymnasialen Bereich gefordert.

Die Sitzung, die nach langer Zeit wieder in Präsenz stattfand, wurde natürlich von den Anwesenden in den Pausen genutzt, um sich untereinander auszutauschen.

Im Rahmen der Hauptvorstandssitzung wurde der langjährige Leiter des Seniorenreferates, Dietrich Schnock, in seinen wohlverdienten Ruhestand verabschiedet. Verabschiedet wurde auch der Leiter des Jungen VBE Sachsen-Anhalt, Karsten Meier. Leider konnte die neue Leiterin des Jungen VBE Sachsen-Anhalts, Caroline Büber, nicht zu ihrer Berufung gratuliert werden, da sie aus persönlichen Gründen verhindert war.

ube-redaktionsteam



Dietrich Schnock



Karsten Meier

Schluss mit dem Stau auf der A 13 – A 14 für Lehrkräfte öffnen

Der VBE Sachsen-Anhalt hat auf seiner Hauptvorstandssitzung am 15.09.2021 gefordert, endlich die Anhebung der Grundschullehrkräfte in A 13 bzw. E 13 zu vollziehen. Für die Lehrkräfte an Gymnasien und Beruflichen Schulen fordert der VBE, wie in anderen Bundesländern üblich, eine funktionslose Beförderung in die A 14 in die E 14.

Das Land Sachsen-Anhalt hat in dem aktuellen Wettbewerb um ausgebildete Lehrkräfte mit den zum 01.01.2019 in Kraft getretenen Änderungen der beamtenrechtlichen Regelungen den richtigen Weg beschritten. Damit werden eigentlich alle ausgebildeten Lehrkräfte in die A 13 bzw. E 13 gehoben. Eigentlich?

Nur die Lehrerinnen und Lehrer mit der Befähigung oder dem Lehramt für die Grundschule sind es noch nicht. Sie sind noch in der E 11 bzw. A 12. Sie werden damit immer noch und vor allem schlechter gestellt gegenüber den nicht pädagogisch ausgebildeten Seiteneinsteigenden.

Diese Ungerechtigkeit muss beseitigt werden!

Darüber hinaus arbeiten die Grundschullehrkräfte auch in den weiterführenden Schulen wie z. B. in Sekundar-, Gesamt-, Gemeinschafts- oder Förderschulen. Dort leisten sie neben ihren Kolleginnen und Kollegen mit der E 13 bzw. A 13 die gleiche Arbeit. Sie unterscheiden sich nur in ihrer Bezahlung, genauer in der Entgeltgruppe bzw. Besoldungsgruppe. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit sollte auch hier gelten.

Diese Ungerechtigkeit muss beseitigt werden!

Die heute gängige Ausbildung endet für die Grundschullehrkräfte mit einem wissenschaftlichen Hochschulabschluss, 1. und 2. Staatsprüfung bzw. Masterabschluss. Dieser wissenschaftliche Hochschulabschluss stellt im öffentlichen Dienst die Eckeingruppierung in die E 13 bzw. A 13 dar. Lehrerinnen und Lehrer mit dem Lehramt für Grundschulen werden aber in die E 11 bzw. A 12 eingruppiert.

Diese Ungerechtigkeit muss beseitigt werden!

Für Lehrerinnen und Lehrer an Gymnasien und Beruflichen Schulen gibt es, obwohl in anderen Bundesländern üblich, keine Möglichkeit einer funktionslosen Beförderung in die A 14 in die E 14.



Diese Ungerechtigkeit muss beseitigt werden!

Was kann getan werden? Wie können diese Probleme gelöst werden? Dazu gibt es in der Geschichte unseres Landes eine durchaus erprobte, wenn auch nicht unbedingt gelungene Möglichkeit – die stufenweise Höhergruppierung. Anders als es bei den Sekundarschullehrerinnen und -lehrern muss hier die Höhergruppierung zeitlich stufenweise erfolgen, unabhängig einer dienstlichen Beurteilung. Als Grundlage muss hier das Dienstalter gelten. Dieses Verfahren sollte innerhalb von 2–3 Jahren mit einer halbjährlich gestaffelten Anhebung in die A 13 bzw. E 13 erfolgen.

Dagegen soll die Anhebung der Lehrerinnen und Lehrer mit dem Lehramt für Grundschulen, also diejenigen mit 1./ 2. Staatsprüfung oder Master, per sofort vollzogen werden.

Für die Lehrerinnen und Lehrer im höheren Dienst (E 13 bzw. A 13 – Studienrat) müssen Perspektiven geschaffen werden, funktionslos. Dafür ist die Besoldungsgruppe A 14 bzw. Entgeltgruppe E 14 als funktionsloses Beförderungsamte zu öffnen.

Für Gespräche oder Verhandlungen zugunsten der Lehrerinnen und Lehrer im Land ist der VBE Sachsen-Anhalt bereit.

ube-redaktionsteam

Vom Leben in der Hasenschule

Parallelen zum wahren Leben sind rein zufällig



Die älteren Hasen, Eichhörnchen, Maulwürfe und Spatzen unter uns können sich vielleicht noch daran erinnern. Es gab einmal eine Hasenschule, in der gab es die unterschiedlichsten Hasenlehrer, junge und alte, nette und strenge, laute und leise. Bevor sie aber an der Hasenschule lehren durften, mussten sie viele Jahre an einer Hasen-Uni sehr fleißig lernen. Das war nicht einfach für die Hasen, denn hier waren viele kluge und weise Eulen und Uhus, die ihr Wissen und Können an die Hasenstudenten weitergaben und am Ende der Hasenausbildungszeit schwere Prüfungen abnahmen. Wer aber als Hasenstudent von diesen Unis kam, der hatte eine tolle Ausbildung erhalten und war nun bereit, in den Hasenschulen ein erfolgreicher Hasenlehrer zu werden. Manche Hasenstudenten waren besonders gut in der Hasensprache und konnten den kleinen Maulwürfen, Mäusen, Spatzen und Igel aufregende Geschichten von Hasendichtern erzählen und ihnen das Hasen-ABC beibringen. Andere hatten sich auf das kleine Einmaleins der Hasenschule spezialisiert und zeigten den Schützlingen, wie viele Möhren man hat, wenn man mit seinen fünf Hasengeschwistern teilen muss. Andere Hasenstudenten waren besonders sportlich. Rennen durch die Furche, schnelles Starten und Landen im Nest, Buddeln von tiefen Löchern zählten zu ihren Spezialgebieten. Die Maulwürfe, Frosche, Grashüpfer, Spatzen und Mäuse waren sehr gelehrt und wissensdurstig und freuten sich auf jeden neuen Tag in der Hasenschule. Na und die Hasenlehrer waren froh, solche wissbegierigen Schüler zu haben. So konnten sie ihr erlangtes Wissen und Können, welches sie an der Hasen-Uni erlangt hatten, jeden Tag aufs Neue präsentieren.

Es gab auch eine Hasensekretärin an jeder Hasenschule. Sie war jeden Tag für die kleinen Racker da. Manchmal trocknete sie Tränen, mal klebte sie ein Pflaster auf und mal musste sie die Maulwurfsmutti anrufen, weil sich der kleine Maulwurf verletzt hatte. Alle waren froh, dass es die Hasensekretärin gab und sie auch jeden Tag da war. Natürlich hatte man an der Hasenschule auch einen Hausmeister. Es kam ja immer wieder vor, dass die kleinen Wilden etwas kaputt machten. Dann kam der alte Dachs mit seiner runden Brille um die Ecke, hob mahrend den Finger und reparierte die defekten Dinge. Fast hätte ich es vergessen. Mit einem leeren Magen lässt es sich ja nicht gut lernen. Die liebe Frau vom alten Dachs kochte für alle Hasenschulkinder jeden Tag ein leckeres Mahl, natürlich frisch und immer lecker.

Auch wenn es allen in der Hasenschule sehr gut gefiel, kam irgendwann die Zeit des Prüfens. In dieser Zeit waren die Schüler der Hasenschule besonders aufgeregt. Da aber die meisten Prüflinge immer fleißig gelernt hatten, waren die Tage des Prüfens für fast alle, kleine Festtage. Nur die Kreuzspinne war immer etwas faul, aber zum Glück gab es ja den Grashüpfer, der ihr in der Prüfungszeit half. So konnte auch die Kreuzspinne alle Prüfungen, wenn auch nicht gut, aber zumindest bestehen.

Es kam also die Zeit des Abschiednehmens. Frisch geprüft und mit dem Wissen für ein erfolgreiches Leben ausgestattet, wurden die Hasenschüler ins Leben entlassen. Der Maulwurf wusste nun ganz genau, wie und wo er am besten seine Gänge baut. Die Spatzen kannten sich nun hervorragend im Nestbau aus und konnten die verschiedensten Melodien trällern. Den Eichhörnchen musste nun keiner mehr sagen, wo man die größten und leckersten Eicheln und Haselnüsse findet. Auch die Hasen wussten jetzt, wie man sich unsichtbar in der Furche versteckt und wo man die schönsten Löwenzahnblätter findet. Die Hasenschule hatte also allen Schülern das Rüstzeug für ein erfolgreiches Leben mitgegeben.

So verlief das Leben an der Hasenschule viele Jahre weiter, doch irgendwann passierte etwas ganz Seltsames. Es kamen immer weniger Hasenstudenten von der Hasen-Uni in die Schulen. Plötzlich gab es auch nicht mehr genug Hasenlehrer, die das kleine Einmaleins den Hasenschülern beibringen konnten. Auch die Hasenlehrer, die schon sehr lange an der Hasenschule unterrichteten, waren mittlerweile sehr alt geworden. Viele konnten auch nicht mehr, da sie durch die viele Arbeit krank geworden waren. Es gab sogar Tage in der Hasenschule, da mussten einige Hasenschüler zu Hause bleiben, weil nicht genügend Hasenlehrer vorhanden waren. Manche Hasen-

studenten, die von der Hasen-Uni kamen, wollten auch nicht jeden Tag in die Hasenschule unterrichten gehen. Es wurde also immer schwieriger, die kleinen Maulwürfe, Mäuse, Spatzen, Grashüpfer und Eichhörnchen zu unterrichten. Leider war auch die Sekretärin nicht mehr jeden Tag in der Schule. Der kleine Spatz hätte heute dringend ein kleines Pflaster für seinen gelben Schnabel benötigt, doch klopfte er vergebens an die Tür des Sekretariats. Auch das leckere Essen der Frau vom alten Dachs gab es schon lange nicht mehr in der Hasenschule. Stattdessen kam jetzt jeden Tag ein Schaf mit einem Handwagen von weit her und verteilte abgepackte Schachteln mit Essen, was nicht halb so gut schmeckte, wie das von Frau Dachs. Das etwas in der Hasenschule nicht mehr stimmte, merkten mittlerweile auch die Eltern der kleinen Hasenschüler. Es fiel immer öfter Unterricht aus und einige Eltern beklagten auch, dass ihre kleinen Racker immer auffälliger würden. Sie hätten keine Lust zu irgendwas, würden nur Blödsinn machen und dauernd ihre Geschwister ärgern.

Als die Not in der Hasenschule immer größer wurde, hatte der Bürgermeister und seine Ratsmitglieder eine zündende Idee. So schauten sie einfach in anderen Berufen nach möglichen Kandidaten für die Hasenschule. Man fragte die Ente, die schon seit vielen Jahren im Krankenhaus arbeitete, ob sie nicht lieber in der Hasenschule unterrichten würde. Auch der Specht in seiner Tischlerei und der Biber in seiner Mühle wurden gefragt, ob sie nicht lieber in der Hasenschule arbeiten würden. Ja, sogar die etwas einfältige Krähe gehörte zu dem Kreis der befragten Tiere. Erstaunlicherweise gab es sogar einige

Tiere, die sich bereit erklärten, in der Hasenschule zu arbeiten. Zwar wussten die allermeisten nicht, was sie dort erwarten würde, doch irgendwie waren ja alle selbst als Kinder in der Schule gewesen. Dann kann es ja so schwierig nicht sein, war von dem einen oder anderen zu hören. Mit dieser Notlösung konnte so in der Hasenschule der Unterricht einigermaßen fortgeführt werden. Doch es gab ja schon seit einigen Jahren weniger Stunden pro Woche im Hasen-ABC und im kleinen Einmaleins. Wenn man alles einmal zusammenzählt, dann hatten die kleinen Maulwürfe, Eichhörnchen, Spatzen, Grashüpfer und Mäuse fast ein Jahr weniger Unterricht als ihre älteren Geschwister. Und wie es im Leben eben so ist, wurde es immer schwieriger, neue Hasenstudenten zu finden. Besonders in den Fächern, in den denen das Hasen-Einmaleins gelehrt wird, gab es immer weniger Hasenstudenten. Dies ist natürlich kaum verwunderlich, schließlich benötigt man schon gestandene Hasenlehrer und Uni-Eulen, die einen Funken des Entfachens in Welt der Hasenschüler tragen.

Was aus der Hasenschule in einigen Jahren werden wird, lässt sich heute noch nicht sagen. Es kommt sicherlich darauf an, welche Entscheidungen der Bürgermeister und seine Ratsmitglieder in naher Zukunft treffen werden. Aber eins weiß ich ganz sicher. Unsere Hasenkinder sind unsere Zukunft. Denkt einmal darüber nach und geht nicht immer die ausgetrampelten Pfade. Übrigens, wusstet ihr schon, dass Hasenlehrer zu sein, ein toller Beruf ist?

Ein „alter“ Hasenlehrer

Position des VBE zum Koalitionsvertrage von CDU, SPD und FDP

Dem vorliegenden Koalitionsvertrag der Parteien CDU, SPD und FDP für das Land Sachsen-Anhalt kann der VBE Sachsen-Anhalt in vielen Punkten zustimmen.

Dazu gehört das Bekenntnis zur 103-prozentigen Unterrichtsversorgung, zur bestehenden Schulstruktur, zu den Grundschulverbänden. Bisherige Landesprogramme wie RÜMSA, BRAFO zur Berufsvorbereitung und -orientierung sollen fortgeführt werden. Ebenso sollen die Projekte „Produktives Lernen“ oder „Praxislerntag“ fortgeführt werden, um den Anteil an der Schülerinnen und Schülern, die die Schule ohne Abschluss verlassen, zu senken. Wir begrüßen auch sehr die Idee, für die Schülerinnen und Schüler im Förderbereich LB in Teilleistungszugnis zu entwickeln. Dieses muss und soll auch bundesweit anerkannt sein.

Eine große Hauptaufgabe ist und bleibt die Gewinnung von neuen Lehrkräften. Sie ist der zentrale Punkt, um Bildungsarbeit mit all ihren Aufgaben und Facetten erfolgreich durchzuführen und zu gestalten.

Im Bereich des Schulpersonals vermissen wir Aussagen zur Angleichung von tarifbeschäftigten und verbeamteten Lehrkräften. Insbesondere im Grundschulbereich vermissen wir als VBE Sachsen-Anhalt Aussagen über eine Möglichkeit der Höhergruppierung der Grundschullehrkräfte in die EG 13 bzw. A 13. Dies geschieht bereits in den angrenzenden Bundesländern Sachsen, Thüringen oder Brandenburg. Viele Lehrkräfte für den Grundschulbereich werden dann einen großen Bogen um Sachsen-Anhalt schlagen.



Dass für Seiteneinsteigenden mehr getan werden muss, steht außer Zweifel. Allerdings ist dem Entwurf eine zunehmende Priorisierung der Gewinnung von Lehrkräften aus dem Bereich der Seiten- und Quereinsteiger zu entnehmen.

Schwerpunkt muss hier die Ausbildung von Lehrkräften auch im eigenen Land bleiben.

Die Investitionen in die Schulinfrastruktur mit dem Ausbau der IT-Ausstattung und der Schulbau-Förderung begrüßen wir sehr. Die angestrebte Ausstattung von Schulen mit Lüftungsmöglichkeiten sowie die Festlegungen von grundlegenden Parameterbestimmungen der Hygiene sind schneller als kurzfristig umzusetzen.

Im Bereich Schulpersonal sehen wir die angestrebte Einführung flexibler Arbeitszeitkonten als skeptisch. Die bisherige Praxis zeigt in sehr vielen Fällen eine deutliche Überbelastung der Lehrkräfte.

Ein Gesundheitspräventionstag sollte nicht nur jährlich, sondern halbjährlich eingeführt werden, denn angesichts des hohen Altersdurchschnitts des größten Teils der Lehrkräfte ist dies mehr als zwingend notwendig. Wesentlich besser wäre jedoch die Wiedereinführung der Abminderungsstunden aus Altersgründen für die Lehrkräfte ab dem 60. Lebensjahr.

Die Umsetzung des Modellprojekts „Schulverwaltungsassistenten“ in relativ großen Schulen stellt eine große Arbeits erleichterung für die Schulleitungen und Lehrkräfte dar.

Die Besetzung von Schulleitungsstellen und Funktionsstellen muss durch spezielle finanzielle Anreize weiter verbessert werden.

Die im Entwurf vorgesehene verpflichtende Regelung von der Teilnahme an Fortbildungen durch Lehrkräfte kann nur dann Erfolg haben, wenn entsprechende Fortbildungen qualitativ ansprechbar sind. Andererseits muss den Lehrkräften auch die Möglichkeiten gegeben werden, an entsprechenden Fortbildungen, auch wenn sie innerhalb der Unterrichtsverpflichtung liegen, teilzunehmen.

Die Erkenntnis, dass die Digitalisierung auch um die Schulen keinen Bogen macht, verdeutlichte in den letzten Wochen und Monaten die Corona-Pandemie. Der weitere Ausbau der Bildungsserver und Bildungsplattformen stellt dabei ein wesentliches Element dar. Die Administration der Geräte in den Schulen sowie der Netzwerkstrukturen und der verwendeten Software kann nur durch externe Administratoren z. B. Schulträger erfolgen. Medienpädagogische Fortbildungs- und Weiterbildungsangebote erfordern nicht nur eine Teilnahme in Distanz, sondern auch eine Teilnahme vor Ort.

Irritiert und damit ablehnend sehen wir als VBE Sachsen-Anhalt einige Punkte, die im laufenden Text mit aufgeführt sind:

- die Einführung eines fächerverbindenden, problem- und praxisbezogenen Unterrichts. Aus unserer Sicht vermuten wir, dass in den angegebenen Klassenstufen die naturwissenschaftlichen Unterrichtsfächer zu einem Unterrichtsfach zusammengezogen werden. Das lehnen wir entschieden ab.
- die Implementierung des Pflichtfaches „Wirtschaft, Demokratie und Recht“
- Welche Perspektive hat dann das Unterrichtsfach „Sozialkunde“ und der Wahlpflichtkurs „Rechtsskunde“ im gymnasialen Schulzweig?
- Im Bereich berufliche Bildung wird von „Möglichkeiten des hybriden Unterrichts“ gesprochen. Soll in diesem Bereich versucht werden, wie mit Hilfe von Online-Unterricht der Personalmangel umgangen werden kann?
- Ganztagsangebote – zunächst sollten die bisherigen Ganztagschulen stärker gefördert werden

Viele Aspekte, die im Bereich der Bildung aufgeführt werden, laufen bereits, allerdings mittlerweile zum Teil mehr schlecht als recht, oder sie sind schon länger geplant. Viel Neues für den Bildungsbereich ist in dem Entwurf nicht zu entdecken.

Der Dreh- und Angelpunkt der gesamten Arbeit im Schulbereich ist und bleibt die Personalausstattung an den Schulen. Ohne diese sind die anderen Punkte der Schulentwicklung und -gestaltung nebensächlich.

Einkommensrunde 2021 – Landesdienst vor schwierigen Verhandlungen

„Das war ein offener, argumentativer Schlagabtausch. Wir liegen weit auseinander und das bei komplizierten Problemen“, kommentierte dbb Chef Ulrich Silberbach den Verhandlungsaufakt.

Die Verhandlungsführer der Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) würden hohe Hürden vor einer Einigung aufbauen, so der dbb Bundesvorsitzende am 8. Oktober 2021 in Berlin: „Das Mantra der leeren Kassen wird durch die Wiederholung nicht besser und hilft überhaupt nicht dabei, den öffentlichen Dienst wettbewerbsfähig in der Nachwuchsgewinnung und leistungsgerecht in der Bezahlung aufzustellen. Die Arbeitgeber schneiden sich letztlich ins eigene Fleisch, sie merken es nur noch nicht.“ Die 5-Prozent-Forderung der Gewerkschaften sei deshalb mehr als angemessen. Silberbach: „Wenn wir die aktuelle Inflationsrate berücksichtigen, muss das Verhandlungsergebnis am Ende sehr nah an unserer Forderung liegen.“

Der dbb Fachvorstand Tarifpolitik Volker Geyer kritisierte vor allem die Forderungen der TdL zur ‚Neubewertung‘ des Arbeitsvorgangs scharf: „Das ist keine ‚Neubewertung‘, sondern eine klare ‚Entwertung‘ der Arbeit. Was die TdL will ist, zum Nachteil der Kolleginnen und Kollegen flächendeckend in die Eingruppierung einzugreifen.“

Deutschlandweite Aktionen: „Prozentlauf“ in Sachsen-Anhalt

Die Arbeitgeber im öffentlichen Dienst der Länder wollen Verschlechterungen bei der Eingruppierung durchsetzen. „Nicht mit uns!“, machte der dbb in einer bundesweiten Aktion klar. In Sachsen-Anhalt beteiligten sich rund 50 Mitglieder der dbb Mitgliedsgewerkschaften an einem „Prozentlauf“ vor der Staatskanzlei in Magdeburg. „Die TdL fordert von den Gewerkschaften, ihre Zustimmung zu massiven Verschlechterungen bei der Eingruppierung zu geben. Im Angesicht von sich immer deutlicher abzeichnenden Problemen, Fachkräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen, sei das eine absurde Forderung“, sagte Wolfgang Ladebeck, Landesvorsitzender des dbb sachsen-anhalt.

Die Beschäftigten machten mit dem „Prozentlauf“ deutlich, dass sie die Gegenforderung der TdL, Verschlechterungen



Das ist eine zugegebenermaßen trickreiche, aber dennoch eindeutige Gehaltskürzung. Wir werden nicht hinnehmen, dass die Beschäftigten die erkämpfte lineare Erhöhung am Ende selbst bezahlen.“

Mehr Informationen unter www.dbb.de/einkommensrunde.

ube-redaktionsteam





rungen bei der Eingruppierung vorzunehmen, klar ablehnen. Symbolisch durchliefen Kolleginnen und Kollegen ein Zielbanner mit der Aufschrift „Die TdL will an Deine Eingruppierung“.

Warnstreiks in Sachsen-Anhalt

Im Rahmen der Tarifverhandlungen 2021 erfolgte auch nach der 2. Runde Anfang November 2021 immer noch keine Reaktion der Arbeitgeber. Gerade im Lehrkräftebereich erfolgten in den letzten keine Fortschritte. Um den Forderungen Nachdruck zu verleihen, fanden in Halle und Magdeburg Warnstreiks statt. Daran beteiligte sich

Ladebeck: „Die Geduld der Kolleginnen und Kollegen ist am Ende! Sie haben in der Vergangenheit bewiesen, dass sich der öffentliche Dienst auf sie verlassen kann und sorgen dafür, dass Deutschland funktioniert und zwar rund um die Uhr. „Dafür haben sie nicht nur unseren Respekt verdient, sondern auch eine faire Teilhabe am gesellschaftlichen Wohlstand. Wir erwarten ein Angebot von der TdL, das diesen Namen auch verdient. Denn unsere Forderungen sind keinesfalls überzogen. Außerdem können unsere Forderungen auch ein Beitrag sein, den öffentlichen Dienst wieder attraktiver für den Nachwuchs zu gestalten“, betont Ladebeck.

Der dbb zeigte die Vielfalt im öffentlichen Dienst mit Vertreterinnen und Vertretern aus der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG), der DPVKOM – Die Fachgewerkschaft für die Beschäftigten der Post, Postbank, Telekom und Call-Center, Deutsche Steuer-Gewerkschaft (DSTG), Verband Bildung und Erziehung (VBE), Deutschen Verwaltungs-Gewerkschaft (DVG), Verband Deutscher Straßenwärter (VDStra), Gewerkschaft der Sozialversicherung (GdS) und Gewerkschaft der Sozialverwaltung (GdS).

der VBE Sachsen-Anhalt, um auch den Arbeitgebern zu zeigen: Die Lehrgewerkschaften lassen sich, trotz aller Unterschiede und zum Teil gegensätzlichen Auffassungen, in wichtigen Punkten nicht auseinanderdividieren!



Silberbach: „So fährt die TdL die Verhandlungen vor die Wand“

„Das waren zwei verlorene Tage und wenn die Finanzminister der Länder so weitermachen, fahren sie die Verhandlungen komplett vor die Wand.“ Mit diesen Worten kommentierte dbb Chef Ulrich Silberbach das ‚Nicht-Ergebnis‘ der zweiten Runde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder am 2. November 2021 in Potsdam.

„Während die Ministerpräsidenten bei jeder Gelegenheit öffentlich Respekt und Wertschätzung für die Leistung der Kolleginnen und Kollegen betonen, blockieren Reinhold Hilbers und die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) hier alle konkreten Verhandlungsfortschritte“, so der dbb Bundesvorsitzende. Weder bei den strukturellen Fragen noch bei der linearen Komponente sei man weitergekommen. „Die Inflation steigt, die Arbeitsbelastung steigt, der Frust der Kolleginnen und Kollegen über die TdL-Blockade steigt. In den nächsten Tagen werden deshalb auch Frequenz und Dauer unserer Warnstreiks steigen müssen. Das hätten wir dem Land gerne erspart.“

Besonders ärgerlich sei die Arbeitgeberhaltung gegenüber den eklatanten Problemen im Gesundheitsbereich, ergänzte der dbb Tarifchef Volker Geyer: „Hier sieht die TdL überhaupt keinen Handlungsbedarf und spricht von einer zeitlich begrenzten Corona-Belastungsspitze. Statt die immer wieder geforderte Stärkung der Pflege jetzt endlich am Verhandlungstisch umzusetzen, wird das ganze Thema kalt blockiert, zu Lasten der Beschäftigten und der Patientinnen und Patienten. Das ist unerhört.“

Bereits im Vorfeld der zweiten Verhandlungsrunde hatte dbb Chef Silberbach gewarnt: „Die Zeit läuft uns davon, bei den Verhandlungen genauso wie bei der Stärkung des öffentlichen Dienstes. Statt konkret darüber zu sprechen, wie wir die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes auf einem immer härter umkämpften Arbeitsmarkt stärken, belasten sie die Gespräche mit Forderungen nach substantieller Verschlechterung der Bezahlung wie etwa der Neubewertung des Arbeitsvorgangs. Der TdL-Verhandlungsführer Hilbers und die ganze Tarifgemeinschaft deutscher Länder sollten sich langsam klar machen, dass mindestens ein Drittel ihrer Beschäftigten in den nächsten zehn Jahren in den Ruhestand gehen. Der Personalmangel der Länder wird sich also radikal verschlimmern. Geld, das sie jetzt nicht in eine attraktive Bezahlung investieren, werden die Landesfinanzministerinnen und -finanzminister bald drei- und vierfach in Nachwuchswerbung und Einstiegsprämien stecken müssen.“



Auch im Interview mit der Welt am Sonntag (Ausgabe vom 31. Oktober 2021) hatte Silberbach das Problem bereits angesprochen. „Wir befinden uns in einem Kampf um Talente und haben dabei nur stumpfe Waffen. Attraktive Bezahlung, Digitalisierung, Weiterbildung – da haben wir nichts anzubieten. Und die Arbeitgeber verweigern Lösungen.“ Als konkretes Beispiel nannte Silberbach die Situation der Beschäftigten im Gesundheitsbereich: „Wir wollen von den Arbeitgebern eine konkrete Zusage, dass wir an einem Extra-Tisch über die Löhne und Arbeitsbedingungen dort verhandeln.“ 300 Euro pro Monat mehr sollen die Beschäftigten hier nach dem Willen der Gewerkschaften mindestens erhalten. Für Pflegehelfer zum Beispiel entspräche das einem Plus von bis zu 12,8 Prozent. „Die Personalsituation ist hier besonders kritisch“, argumentiert der dbb Chef. „Der Gesundheitsminister reist inzwischen durch fremde Länder, um Beschäftigte zu gewinnen. Und private Arbeitgeber werben mit Prämien von bis zu 15.000 Euro, um Leute aus dem öffentlichen Dienst abzuwerben.“ Hier müssten kurzfristig deutliche Verbesserungen erreicht werden.

Unzufriedenheit sicht- und hörbar machen

Bis zur – hoffentlich – entscheidenden Abschlussrunde sind jetzt drei Wochen Zeit. „Diese Zeit müssen wir gemeinsam nutzen“, schwor dbb Tarifchef Volker Geyer Verhandlungskommission und Bundestarifkommission des dbb auf anstrengende Wochen ein. „Damit es am 1. Advent einen Abschluss gibt, müssen wir den Druck hochhalten. Bundesweit und mit möglichst allen Berufsgruppen. Mit den Vorbereitungen für bundesweite Maß-



Schutz an Kitas: Das maximal Mögliche ist das Mindeste, was Politik tun muss!

„Indikatoren und wissenschaftliche Einschätzungen zur Entwicklung der Corona-Pandemie zeigen eines sicher: Aktuell kann niemand mit Sicherheit sagen, dass steigende Inzidenzen und weitreichende Folgewirkungen in den kommenden Wochen ausbleiben! Dass die Situation heute ist, wie sie ist, musste man sogar als wahrscheinlich in Betracht ziehen. Trotzdem hat die Politik sich vielerorts lieber auf das Prinzip Hoffnung verlassen und rechtzeitige, konsequente und umfassende Handlungen zum Schutz eines besonders vulnerablen Ortes, nämlich Kindertageseinrichtungen, ausgesessen“, kommentiert der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann. „Umso dringender ist es, dass im nun beginnenden Herbst und vor einer möglichen vierten Welle das nachgeholt wird, was im Sommer vielerorts versäumt oder nur unzureichend umgesetzt wurde. Gerade die Menschen, also Kinder und pädagogisches Fachpersonal, die an Kindertagesstätten keinen oder kaum Schutz durch das Tragen von Masken, das Halten von Abstand oder verpflichtende Tests (von Kindern) erfahren können, müssen im Bereich des Möglichen maximalen Schutz erfahren. Das gilt erst recht, so lange die Möglichkeit zur freiwilligen Impfung von Kindern in Kita auf Basis einer klaren Empfehlung durch die Ständige Impfkommission (STIKO) nicht gegeben ist“, so die klare Forderung des Bundesvorsitzenden.

„Das meint konkret die flächendeckende Ausschöpfung aller technischen Möglichkeiten in Kitas. Luftreinigungsanlagen müssen – wo immer möglich und nutzbringend

nahmen werden wir augenblicklich beginnen.“ Auch, wenn die Umstände schwierig sind, wir müssen die Unzufriedenheit der Kolleginnen und Kollegen auf die Straße bringen.“ Geyer weiter: „Die TdL rechnet vielleicht damit, dass die schwierigen Umstände die Kolleginnen und Kollegen von Streiks und Aktionen abhalten. Zeigen wir ihnen, dass sie sich verrechnet haben!“

Darüber, wann und wo Aktionen stattfinden werden, wird der dbb seine Fachgewerkschaften zeitnah unterrichten.

Weitere Infos zur Einkommensrunde finden sich auf den Sonderseiten des dbb unter www.dbb.de/einkommensrunde-2021.html.

vbe-redaktionsteam

– schnellstmöglich Standard werden. Das gilt umso mehr, wenn sie einen volkswirtschaftlichen Nutzen haben, indem sie das Erkrankungsrisiko auch mit Blick auf die beginnende Grippesaison senken. Insgesamt müssen Fördergelder im Rahmen der Pandemiebekämpfung niedrigschwellig und zügig abrufbar sein und – wo notwendig – mit anderen Förderungen und Finanzierungsmöglichkeiten kombinierbar sein. Regelmäßige Testmöglichkeiten für das Personal an Kitas sind obligatorisch vorzuhalten. Die professionelle Unterstützung und Beratung durch fachkundiges Personal bei der Testdurchführung für Kinder muss bestmöglich integriert werden. Der Einsatz von Kita-Alltagshelferinnen und -helfern, die an vielen Kitas etwa beim Reinigen, Desinfizieren und bei administrativen Arbeiten unterstützt haben, muss als Unterstützungsangebot fortgeführt werden“, so Beckmann. „Grundsätzlich braucht es, das wiederholt der VBE immer wieder, nachvollziehbare, klare und – wo immer möglich – einheitliche Vorgaben für Kitas. Maßnahmenpläne und Mechanismen für künftige Krisenszenarien müssen spätestens jetzt erarbeitet werden. Ebenso ist es, das haben die Erfahrungen mehr als deutlich gemacht, dringend geboten, präventiv den Auf- und Ausbau eines professionellen Krisenmanagements unter Einbezug aller relevanten Akteure an Kitas voranzutreiben“, fordert Beckmann abschließend.

Berlin, 22.09.2021
PD 55_21

Bildungsgewerkschaften zum „Welttag der Lehrerin und des Lehrers 2021“

GEW und VBE: „Lehrkräfte leisten wichtige Arbeit und brauchen bessere Rahmenbedingungen“

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) haben sich mit Blick auf den Welttag der Lehrerin und des Lehrers am 5. Oktober für bessere Rahmen- und Arbeitsbedingungen der Lehrenden stark gemacht. Lehrkräfte leisten für die Bildung und den Zusammenhalt der Gesellschaft in den Bildungseinrichtungen einen unverzichtbaren Beitrag. Dies sei gerade während der Corona-Pandemie noch einmal sehr deutlich geworden. Zum Welttag der Lehrerin und des Lehrers erscheint die deutschsprachige Ausgabe des Buches „Bildung und Demokratie:

25 Empfehlungen aus der Arbeit der Lehrkräfte“, das die Bildungsinternationale (BI, engl. Education International EI) veröffentlicht hat. Der Band zeigt anhand internationaler Erfahrungen: Lehrkräfte haben die wichtige Aufgabe, sich für die Demokratie einzusetzen und Schülerinnen und Schülern demokratische Werte zu vermitteln.

VBE und GEW sind angesichts der Zunahme rassistischer, antisemitischer und extremistischer Tendenzen in der Gesellschaft sowie der Verbreitung von Verschwörungserzählungen besorgt. „Die politische Bildung und die Demokratiebildung müssen einen deutlich höheren Stellenwert bekommen“, mahnen die beiden Bildungsgewerkschaften an.

Auch während der Coronapandemie hätten Lehrkräfte einen wichtigen gesellschaftlichen Beitrag geleistet, um die Krise zu meistern. Daran erinnert die BI am Welttag der Lehrerin und des Lehrers, der unter dem Motto „Wir würdigen das Engagement der Lehrkräfte und gedenken der Verstorbenen in der Pandemie!“ steht. Lange hatte die Politik nicht ausreichend für den Schutz der Beschäftigten gesorgt. Die Hygienemaßnahmen, wie Testkits, Masken und die Priorisierung der Lehrkräfte bei den Impfungen, mussten von den Gewerkschaften erkämpft werden. VBE und GEW machen deutlich, dass hierdurch viel Vertrauen verspielt worden sei. Zudem habe die Corona-Pandemie die Versäumnisse der Politik in den vergangenen Jahren offengelegt. GEW und VBE unterstrichen, dass es für das Engagement der Lehrkräfte mehr Wertschätzung und bessere Rahmenbedingungen brauche. Gerade mit Blick auf die Bundestagswahl am vergangenen Sonntag und die nun neu zu bildende Regierungskoalition fordern sie die Politik zum Handeln auf:

Die fünf „Großbaustellen“ im Bildungssystem – Fachkräftemangel beheben, Investitionsstau beseitigen, Digitalisierung voranbringen, Vision von Kita, Schule, Hochschule und Weiterbildung ausfinanzieren und Qualität

anbieten, Corona-Folgen abfedern – müssten umgehend angegangen werden.

Maike Finner, Vorsitzende der GEW, sagt: „Es darf kein ‚Weiter so‘ geben! Wir erwarten von der Politik einen grundlegenden Kurswechsel in der Bildungspolitik. Chancengerechtigkeit für alle muss in den Mittelpunkt rücken. Für Sanierungen und Neubauten, zusätzliche Fachkräfte und eine bessere digitale Infrastruktur sind über Jahre hinweg Milliardeninvestitionen nötig. Um diese Herausforderungen zu stemmen, brauchen wir einen Schulerschluss von Bund, Ländern und Kommunen. Die Arbeitsbedingungen müssen so gestaltet werden, dass der Beruf auf Dauer attraktiv ist, die Arbeitgeber müssen diesem Anspruch in der anstehenden Tarifrunde gerecht werden.“

Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, betont: „Die Wertschätzung gegenüber den Engagierten im Bildungsbereich hat in der Coronakrise sehr zu wünschen übriggelassen. Die warmen Worte können nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Situation vor Ort sich stetig verschlechtert. Der überall spürbare Personalmangel und die steigenden Anforderungen an das Lehrpersonal tun ihr Übriges. Es muss erste Priorität sein, Lehrkräfte von Aufgaben zu entlasten und den Beruf wieder attraktiver zu gestalten. Dazu gehört auch eine angemessene Bezahlung. Die anstehenden Tarifverhandlungen sollten von der Politik genutzt werden, um ihrer Wertschätzung Ausdruck zu verleihen – und nicht für Machtspielchen.“

Info:

Der Welttag der Lehrerin und des Lehrers wird seit 1994 jährlich am 5. Oktober gefeiert. Die UNESCO, die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) und die Bildungsinternationale (BI) haben ihn ins Leben gerufen. Der 5. Oktober ist für die internationale Bildungsbewegung ein herausragendes Datum: 1964 haben UNESCO und ILO die „Charta zum Status der Lehrerinnen und Lehrer“ angenommen. Damit war es zum ersten Mal gelungen, in einem internationalen Konsens den Status des Lehrberufs in der Gesellschaft und die Verpflichtung der Politik zur Sicherung ausreichender Arbeits- und Lebensbedingungen für Pädagoginnen und Pädagogen festzuschreiben.

Die BI ist der internationale Dachverband von rund 400 Bildungsgewerkschaften aus 170 Ländern. Sie vertritt weltweit fast 30 Millionen Beschäftigte im Bildungswesen. GEW und VBE sind Mitglieder der BI.

PD, Frankfurt am Main/Berlin, 4. Oktober 2021

Fokus Bildung: Fünf Forderungen an die Bundespolitik

Der Auftrag, dem die Politik im Bildungsbereich jetzt gerecht werden muss, ist umfassend und von zentraler Bedeutung. Gemeinsam haben die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) auf Anfrage der Nachrichtenagentur dpa im Vorfeld der Bundestagswahl für den Schulbereich fünf zentrale Baustellen identifiziert, die es anzugehen gilt.

Die erste Forderung betrifft die **Behebung des Lehrkräftemangels**. Um den künftigen Bedarf zu decken, müssen Studien- und Ausbildungsplätze im Vorbereitungsdienst sowie berufsbegleitende Ausbildungsangebote für Quer- und Seiteneinsteigende ausgebaut und das Lehramtsstudium so strukturiert werden, dass mit den Herausforderungen an Schule gut umzugehen ist. Die Arbeitsbedingungen müssen verbessert, multiprofessionelle Teams und qualifizierte Verwaltungs- und IT-Fachkräfte entlastend eingestellt werden. Eine Frage der Gerechtigkeit ist die Bezahlung aller akademisch ausgebildeten Lehrkräfte nach A13 (Beamte) und E13 (Angestellte).

Zweitens muss der enorme **Investitionsstau** an Schule beseitigt werden. Digitale Infrastruktur und Ausstattung müssen flächendeckend auf den notwendigen Stand gebracht werden. Für eine dauerhafte Finanzierung des Bildungssystems muss unter anderem das Kooperationsverbot in der Bildung komplett gestrichen und in ein Kooperationsgebot umgewandelt werden.

Die **Digitalisierung von Schule**, Forderung 3, muss vorangebracht werden. Unter anderem braucht es mehr qualifizierte Fortbildungsangebote für Lehrkräfte. Die Politik muss Verfügbarkeit, Sicherheit, Transparenz und Weiterentwicklung mit Blick auf die zu verwendenden Systeme sicherstellen. Dafür sind jährlich ca. 2,5 Milliarden Euro notwendig.

GEW und VBE machen sich in ihrer vierten Forderung dafür stark, dass alle Aufträge, die an Schule übertragen werden, sei es das gemeinsame, inklusive Lernen, sei es das bisher personell überhaupt nicht abbildbare Ganztagsversprechen oder seien es die diversen Ideen, was Schule vermitteln soll, ausfinanziert und personell glaubwürdig unterlegt werden müssen.

Die **Corona-Folgen** müssen abgemildert werden, so Forderung 5. Die Politik muss alles Notwendige dafür tun, um alle Schülerinnen und Schüler, gerade jetzt, bedarfsgerecht fördern zu können. Das Aufholprogramm von Bund und Ländern ist lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Es muss so verändert werden, dass mehr Geld ins System Schule denn in externe Angebote fließt, um eine langfristige Ausrichtung auf die individuelle Förderung zu gewährleisten.

In letzter Minute: Rechtsanspruch auf Ganztag

Nach Jahren teilweise erbittert geführter Verhandlungen und einem Stopp des Projekts im Bundesrat kommt er nun doch noch: Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung wurde im September in einer Sondersitzung des Deutschen Bundestages geändert beschlossen und konnte so auch den Bundesrat passieren. Diskussionspunkt war bis zuletzt die Höhe der Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten und die Vergabe der Gelder. So war eigentlich geplant, dass diese nur als Investition in Anspruch genommen werden dürfen, wenn damit neue Plätze für die Betreuung geschaffen werden. Für diejenigen Länder, die bereits ein gut ausgebautes Angebot haben, war das nicht akzeptabel. Gut, dass das korrigiert wurde und nun auch Gelder für die Aufrechterhaltung bestehender Angebote abgerufen werden können.

Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung, Udo Beckmann, kritisierte das Vorhaben trotzdem, denn das Hauptproblem bei der Ganztagsbetreuung werde nicht angegangen und demnach vermutlich zu Beginn des Rechtsanspruchs ab 2026 nicht gelöst sein: der Fachkräftemangel. Er kommentierte: „Die Umsetzung des Ganztagsanspruchs muss unter Personalvorbehalt stehen. Es braucht zunächst eine massive Personalgewinnungskampagne. Dabei muss sich von selbst verstehen, dass alle Personen, die im Ganztage arbeiten werden, pädagogisch qualifiziert sein müssen. So wird gewährleistet, dass die Betreuung der Kinder keine Verwahrung am Nachmittag ist, sondern den Kindern pädagogisch anspruchsvolle Angebote unterbreitet werden. Der klare Auftrag von Schule ist, Kinder zu bilden und zu erziehen.“



Lehrkräftemangel durch ein verändertes Studium bekämpfen

Der Lehrkräftemangel ist hausgemacht. Nicht nur wurde lange Zeit zu wenig eingestellt, nein, es wird auch zu wenig ausgebildet. Aber stimmt das überhaupt? Ist es nicht vielmehr so, dass die Qualität der Lehre und Betreuung nicht ausreicht und das, was sich die Studierenden erhoffen, nicht eingelöst werden kann? Diesen Eindruck gewann, wer Prof. Dr. Koch und Prof. Dr. Radisch, beide von der Universität Rostock, zuhörte. Sie waren eingeladen, bei der in Präsenz stattfindenden Bundesvorstandssitzung des VBE im September in Berlin zu referieren.

Zunächst stellte Professorin Koch heraus, dass es „den“ Mangel gar nicht gebe, da es vor allem um bestimmte Fächerkombinationen ginge. Dies liegt nicht zuletzt an den schlechten Planungen der Kultusministerien: die Methodik der Prognosen lässt zu wünschen übrig und ist nicht fächerspezifisch und die Abstimmung unter den Ländern gelingt nicht. Zusätzliches Problem sei die schlechte Ausbildung, was der hohe Schwund belegt. Noch immer ist der Praxisanteil zu klein, die Fachwissenschaft über- und die Fachdidaktik unterrepräsentiert. Einer eigenen Umfrage unter 800 Lehramtsstudierenden zufolge sprechen sich 92 Prozent von ihnen für ein duales Studium aus. Deshalb hat sie gemeinsam mit dem ehemaligen Bildungsminister Matthias Brodtkorb die Idee einer „Lehrbildungsakademie“ entworfen. Eine enge Verzahnung von Theorie und Praxis soll einen starken Berufsfeldbezug unterstützen. Durch die Anpassung des Studienjahres auf das Schuljahr können ausreichend Studienpunkte erbracht werden und das Studium trotz starker Einbindung in die Praxis nach fünf Jahren beendet werden. Allerdings ist ein Schwachpunkt der Idee, so die Mitglieder des Bundesvorstandes, die (zumindest bisherige) Fokussierung auf das Grund- und Sonder-schullehramt.

Professor Radisch verwies vor allem auf den IST-Zustand des Studiums: hohe Schwundquoten und fehlendes Wissen darüber, wie der bestmögliche Output für die Studierenden überhaupt entsteht. Ist es der Praxisbezug? Sind es „gute“ Lehrende? Was funktioniert – und was nicht? Dazu gibt es kaum Forschung. Zudem werde bei dem Thema Lehrkräftemangel häufig nicht eingerechnet, dass Lehramtsstudierende aufgrund ihrer starken regionalen Verwurzelung kaum mobil sind. Vor allem, um den Lehrkräftemangel in „abgelegener Fläche“ anzugehen, schlägt er die Steuerung von Praxisphasen über verbindliche Praktikumsvereinbarungen vor. Je genauer die Schule ihre Bedarfe kennt (Inklusion, Integration, neue Lehrmethoden oder Umgang mit schwierigen Personen), umso eher könnten die Lehramtsstudierenden mit frühen Verträgen dazu verpflichtet werden, genau diese Module zu besuchen und mit ihrem Wissen das Kollegium bereichern.

VBE Bundesfrauenvertretung: Das Team ist komplett



Die Teilnehmenden der Hauptversammlung der VBE Bundesfrauenvertretung in Berlin

Stellenwert von Frauen in unserer Gesellschaft – was wir aus Corona lernen können“ war das Leitthema der Frauenvertreterinnen der VBE Landesverbände bei der diesjährigen Hauptversammlung der VBE Bundesfrauenvertretung vom 23. bis 25. September 2021 in Berlin. Anne Roewer, Leiterin der Kommunikationsabteilung des VBE, referierte zum Thema „Parität und Jugendförderung im Verband“. Im Dezember 2021 wird es dazu eine gemeinsame Veröffentlichung der VBE Frauenvertretung mit dem Jungen VBE geben.

Susann Meyer stellte als Bundessprecherin des Jungen VBE die Arbeitsschwerpunkte im Bereich der Förderung von jungen Menschen in der Familienphase vor. Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, brachte das Gremium über die Entwicklungen im Bundesverband auf den neuesten Stand. Auf der Tagesordnung stand auch die Nachwahl der neuen stellvertretenden Vorsitzenden der VBE Bundesfrauenvertretung. An dieser Stelle gratulieren wir Maria Stöckel vom VBE Mecklenburg-Vorpommern sehr herzlich zum Wahlerfolg. Das Team der VBE Bundesfrauenvertretung ist mit der Bundessprecherin Tanja Küsgens und ihren Stellvertreterinnen Maria Stöckel, Lena Köhler und Astrid Geißelbrecht komplett. Zum Abschluss der Tagung referierte Dagmar Völpel, Diplom-Volkswirtin und Coach, gewinnbringend zum Thema „Selbstmanagement im Homeoffice“ und „Notwendigkeiten des Gesundheitsmanagements in Schule und Verband“.

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Verband Bildung und Erziehung

VBE

Auf internationalem Parkett von zuhause aus

ISTP 2021 fand digital statt

Unter dem Motto „Learning from the past, looking to the future: Excellence and equity for all“ versammelten sich Vertreter:innen aus 15 Staaten zum diesjährigen „International Summit on the Teaching Profession“ (ISTP). Organisiert wurde das Treffen von der amerikanischen Delegation und bot wie in jedem Jahr die Möglichkeit, sich über Landesgrenzen hinaus über die Folgen der Pandemie auszutauschen.

Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, wies in seinem Statement besonders darauf hin, dass in Deutschland noch immer der soziale Status eines Kindes darüber bestimmt, wie die Bildungskarriere verläuft. Im Vergleich mit den restlichen OECD-Staaten nimmt Deutschland hier einen unrühmlichen Platz ein.

Ziel des ISTP ist auch die Verständigung von Politik und Gewerkschaften auf eine gemeinsame Erklärung mit abgestimmten Arbeitsschwerpunkten. Verhandlungsführer sind stets die Ministerien der Länder. Für Deutschland übernimmt dies die Kultusministerkonferenz. In diesem Jahr war sie durch Prof. Dr. R. Alexander Lorz, Hessens Bildungsminister, vertreten (s. Bild).

Zusammen mit der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) konnte der VBE erringen, dass Fokus gemeinsamer Bemühungen neben der Digitalstrategie und Fragen der Lehrkräfteaus-, -fort- und -weiterbildung auch die Aufarbeitung der Corona-Zeit sein muss. So soll die pandemiebedingte Ausweitung der Ungleichheit in Bildung und Gesellschaft verstärkt in den Fokus genommen werden. Der hierzu notwendige Dialog soll verstetigt und ausgebaut werden.

Der ISTP wird seit elf Jahren von der Education International (Bildungsinternationale) organisiert und verbindet die über 400 dort organisierten Bildungsgewerkschaften weltweit. Aus Deutschland sind die GEW und der VBE in diesem Verbund organisiert. Auf internationaler Ebene arbeiten sie daher zusammen, um die Position gegenüber der deutschen Bildungspolitik auf europäischem und internationalem Parkett zu stärken.

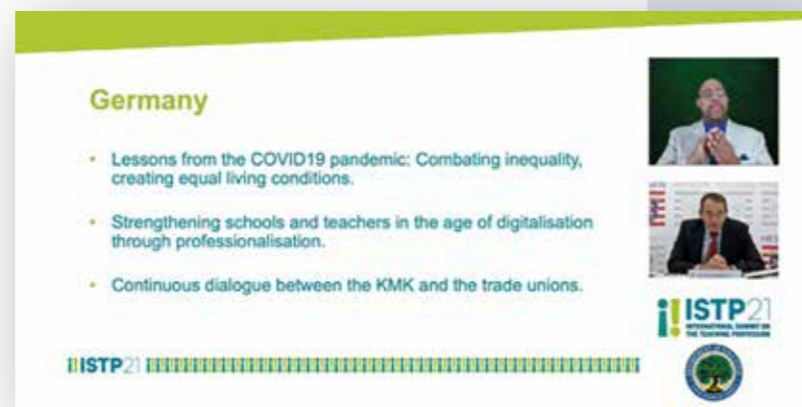
Diskussion auf Buchmesse: Wie bekommen wir mehr Vielfalt in Bildungsmedien?



Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, kam im Rahmen des „Forum Bildung“ auf der Frankfurter Buchmesse mit Prof. Dr. Riem Spielhaus (Leibniz-Institut für internationale Schulbuchforschung) und Dr. Martin Kloke (Cornelsen Verlag) zu dem Thema „Vielfalt in der Schule. Was leisten Bildungsmedien?“ ins Gespräch. Diskutiert wurden u. a. folgende Fragen: Spiegeln Bildungsmedien von heute die gesellschaftliche Heterogenität wider? Leisten sie den Lehrkräften im schulischen Alltag Hilfestellung, wenn es darum geht, Schülerinnen und Schüler individuell zu fördern?

Beckmann wies zuvorderst darauf hin, dass strukturelle Schwierigkeiten sowie bürokratische und finanzielle

Hürden die größten Herausforderungen darstellen. Wenn in der Praxis Schulbücher nur alle paar Jahre erneuert würden, liege es auf der Hand, dass eine dynamische Veränderung nicht zeitnah abgebildet werden könne, so Beckmann. Auch die Chancen und Herausforderungen, denen Bildungsverlage im Zuge der fortschreitenden Digitalisierung begegnen und noch begegnen werden, wurden thematisiert.



VBE diskutiert über Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung

Der Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung kommt. Als eines der letzten Projekte der nun nur geschäftsführenden Bundesregierung wurde er im September auf den Weg gebracht. Trotzdem bleiben viele Fragen offen. Vor allem ist ungeklärt, welches pädagogische Verständnis dem Projekt zugrunde liegt. Aus diesem Grund kamen Ende Oktober Expertinnen und Experten aus den Landesverbänden des VBE zusammen, um gemeinsam mit dem Bundesvorsitzenden, Udo Beckmann, in einem digitalen Workshop über ihre Erwartungen an den Ganztags und die Gelingensbedingungen, die es für einen spürbaren Effekt braucht, zu sprechen. Beckmann kommentierte anschließend: „Es war eine große Freude, wie schnell wir uns auf Kernpunkte einigen konnten. Diese werden wir in einem Säulen-Modell festhalten. So illustrieren wir, dass das Haus ‚Ganztags‘ aus verschiedenen Perspektiven bedacht werden muss und erst im Zusammenwirken die ganze Kraft entfalten kann.“

25x Demokratie sichern

Schulen und insbesondere Lehrkräften kommt eine herausgehobene Rolle in der Vermittlung demokratischer Werte zu. Wenn John Dewey 1916 in den Wirren eines weltweiten Krieges postuliert: „Demokratie muss in jeder Generation neu geboren werden, und Bildung ist ihre Hebamme“, ist das heute leider aktueller denn je. In der Publikation „Bildung und Demokratie“, die in deutschsprachiger Fassung anlässlich des Weltlehrer*innentages am 5. Oktober erschienen ist, definieren Lehrkräfte rund um den Globus 25 unerlässliche Elemente für eine demokratiestärkende Bildung. Wie regt man Schülerinnen und Schüler zu kritischem Denken an? Wie integrieren wir Kinder unterschiedlicher Herkunft mit unterschiedlichen Voraussetzungen in sichere und weltoffene Schulen? Wie stärken wir die Rechte von Lehrkräften und deren politische Unabhängigkeit? Wie entziehen wir Bildung der reinen Markt- und Verwertungslogik? Zu vielen konkreten Aspekten aus diesen Themenkomplexen bündeln Susan Hopgood und Fred van Leeuwen die Erfahrungen von Lehrkräften. Hopgood ist Präsidentin der „Education International EI“ (dt.: Bildungsinternationale), dem internationalen Dachverband verschiedener Lehrkräfteorganisationen. Aus Deutschland gehören der EI neben dem VBE auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) an. Fred van Leeuwen ist der ehemalige Generalsekretär der EI. Zusammen haben die beiden eine kluge Lektüre vorgelegt: Immer kurzweilig, immer praxisorientiert, immer wertschätzend. Für freie Bildung. Solidarisch, integrativ und weltoffen.

Die Veröffentlichung im Zuge des Weltlehrer*innentages 2021 kommt nicht von ungefähr. Im Gedenken an die Verabschiedung der „Charta zum Status der Lehrerinnen und Lehrer“ im Jahr 1964 wurde auch in diesem Jahr auf die herausgehobene Rolle hingewiesen, die Lehrkräften in unserer Gesellschaft zukommt.

Die deutsche Version kann hier heruntergeladen werden.

www.vbe.de/service/bildung-und-demokratie-25-empfehlungen

Hörswertes: Podcasts zum Thema Bildung

Das Thema Bildung erfährt, verstärkt durch die Coronapandemie, auch medial (zurecht) eine hohe Aufmerksamkeit. Neben dem geschriebenen Wort und dem bewegten Bild findet man mittlerweile auch viel Hörswertes: Kurzweiliges, Überraschendes, Tiefgreifendes. Wir haben einige Empfehlungen für Sie zusammengestellt:



Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, im Interview mit Tobias Peter, Herausgeber des Podcasts „Die Schulstunde“

In seiner „Schulstunde“¹ spricht RND-Bildungsredakteur Tobias Peter zweiwöchentlich mit Expertinnen und Experten zum Thema Schule. Was gesetzt ist: Zu Wort kommen immer auch Schülerinnen und Schüler selbst. In der Folge von Montag, den 25. Oktober 2021, zum Thema „Wählen ab 16?“² unter anderem zu Gast: Der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann.

Aktuellen Fragestellungen widmet sich der SWR

2 Podcast **Bildung und Pädagogik**³. Meist mehrmals wöchentlich werden informative, kurze Beiträge veröffentlicht. Aus der Praxis, für die Praxis, so ließe sich das Motto des Podcasts **Digitales Lerntagebuch**⁴ beschreiben, welches von der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) angeboten wird. Begleitet werden seit Beginn der Coronapandemie zwei Lehrkräfte, die einen ganz persönlichen Einblick geben, wie sie die vielfältigen Herausforderungen in und außerhalb von Schule seither meistern. Im Herbst 2019, noch vor Corona, hat sich die Redaktion des Bayerischen Rundfunks gefragt: Wie muss die Schule der Zukunft aussehen? Antworten gibt die 10-teilige Serie **#zukunftschule**⁵. Forschungslastig, aber nicht minder interessant ist der Podcast des **Bundesministeriums für Bildung und Forschung**⁶ (BMBF). In diesem berichten Forschende von ihrer Arbeit, ihren Erkenntnissen und wie sie den Herausforderungen im Kontext der Coronapandemie begegnen.

Und auch die Landesverbände des VBE bieten Gelungenes und Wissenswertes für die Ohren an. So etwa der Bayerische Lehrer- und Lehrerinnenverband (BLLV) mit seinem Podcast **Bildungsblick**⁷ als auch der VBE NRW mit seinem **VBE-Podcast**⁸.



Links zu Podcasts

- ¹ <https://kurzelinks.de/ggfg>
- ² <https://kurzelinks.de/sdhd>
- ³ <https://kurzelinks.de/dcu>
- ⁴ <https://kurzelinks.de/rtbo>
- ⁵ <https://kurzelinks.de/iv1f>
- ⁶ <https://kurzelinks.de/xxjt>
- ⁷ <https://kurzelinks.de/ejzs>
- ⁸ <https://kurzelinks.de/zvxi>

VBE Bundesgeschäftsstelle

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
presse@vbe.de
www.vbe.de

Bildungsgewerkschaften zu den Koalitionsverhandlungen

GEW und VBE fordern: „Bildungsvorhaben endlich ausfinanzieren!“

Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und der Verband Bildung und Erziehung (VBE) fordern mit Blick auf die Koalitionsverhandlungen in den Arbeitsgruppen, dass Bildung die Priorität erhält, die SPD, Grüne und FDP im Wahlkampf angekündigt haben. Knackpunkt sei, dass „die Bildungsvorhaben solide finanziert werden“. Der Investitionsstau, den die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) im Jahr 2021 allein für die Schulen mit 46,5 Milliarden Euro beziffert hat, müsse dringend abgebaut werden. Zudem sei maßgeblich, dass alle Aufgaben der Schule, wie Inklusion und Ganztags, personell und materiell abgesichert werden. Dafür brauche es eine stärkere Mitfinanzierung durch den Bund. Im Sondierungspapier steht dazu: „Wir streben eine engere, zielgenauere und verbindliche Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen an.“ GEW und VBE drängen darauf, wie angekündigt aus dem Kooperationsverbot ein Kooperationsgebot zu machen. Nur so könne der notwendige Schulterschluss zwischen Bund, Ländern und Kommunen gelingen. Um die Länder nicht aus der finanziellen Verantwortung zu entlassen, seien Rechte und Pflichten über staatsvertragliche Vereinbarungen zwischen den politischen Ebenen zu regeln.

In den Koalitionsverhandlungen müssten auch konkrete Ideen entwickelt werden, wie ein zentrales Problem im Bildungssystem, der immense Fachkräftemangel, gelöst werden kann. Auf Bundesebene sei dafür unter anderem das Lehrkräftestudium in den Fokus zu nehmen. Die „Qualitätsoffensive Lehrerbildung“ müsse strategisch weiterentwickelt werden, damit gut funktionierende Leuchtturmprojekte endlich in die Fläche kommen.

KMK-Wahrnehmung steht im Widerspruch zur Realität an den Schulen

„Den Schulen in Deutschland ist nur zu wünschen, dass die Wahrnehmung der Kultusministerkonferenz bald auch dem tatsächlichen Schulalltag entspricht. Momentan scheint dies jedoch nicht der Fall zu sein. Wenn in dem Beschluss der Kultusministerkonferenz (KMK) steht, dass es gelungen ist, ‚durchweg in allen Ländern vollständigen und kontinuierlichen Präsenzunterricht sicherzustellen‘ sollten sich die Kultusministerien dringend mit den Schulen und Schülergruppen in Verbindung setzen, die immer wieder in Quarantäne gesetzt werden.

Außerdem erwarten die größten Lehrkräftevertretungen Deutschlands, dass Digitalisierung an Schule umgesetzt werde. Maïke Finnnern, Vorsitzende der GEW, erläutert: „Es braucht nicht nur mehr Investitionen wie den im Sondierungspapier angekündigten ‚Digitalpakt 2.0‘, sondern eine langfristige Erhöhung und Verstetigung der Gelder sowie niedrigschwelligere Vergabeprozesse. Bund und Länder stehen in der Pflicht, die niedrige Abrufquote der Gelder aus dem Digitalpakt als Mahnung für weniger Bürokratie zu sehen.“

Eine besondere Herausforderung bleibe die Bewältigung der Pandemie-Folgen an den Schulen. Insbesondere die emotionalen und sozialen Beeinträchtigungen würden durch die Hilfsangebote („Aufholprogramm“) kaum aufgefangen. Im Sondierungspapier werde herausgestellt, dass zum Ausgleich von Bildungsungerechtigkeiten „Kindern und Jugendlichen bessere Chancen unabhängig von der sozialen Lage ihrer Eltern ermöglich[t]“ werden sollen. Der Bundesvorsitzende des VBE, Udo Beckmann, sagt dazu: „Um für alle Kinder gleiche Chancen zu verwirklichen, braucht es individuelle Förderung, die bedarfsgerecht an der Schule erfolgen kann – und keine Förderung der privaten Nachhilfeinstitute, wie mit dem Aufholprogramm forciert. Dafür müssen mehr Lehrkräfte eingestellt und durch multiprofessionelle Teams und Schulsozialarbeit unterstützt werden.“

PD, Frankfurt am Main/Berlin, 27. Oktober 2021

Es wäre besser gewesen, wenn anerkannt worden wäre, dass eben noch immer kein normaler Regelunterricht stattfindet, so sehr auch die Lehrkräfte sich dies wünschen würden. Auch die Umsetzung des Aufholprogramms ist längst nicht so weit vorangeschritten, wie es der Beschluss suggeriert. Das liegt schlicht daran, dass Schulleitungen und Lehrkräfte mit der Umsetzung allein gelassen werden. Nicht zuletzt können die meisten Schülerinnen und Schüler eben nicht von ‚vielfältigen zusätzlichen Unterstützungsmaßnahmen‘ profitieren, da

hierfür Ressourcen und Personal fehlen. Die sowieso schon aufgrund des Lehrkräftemangels unterbesetzten Kollegien sollen nun nicht nur zum Alltagsgeschäft zurückkehren, sondern auch noch Sonderförderung gewährleisten?! Wie soll das ohne zusätzliches Personal, vor allem in multiprofessionellen Teams, gelingen?“, fragt Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), in Richtung der KMK, die gestern und heute in Potsdam tagte.

Bereits gestern wurden die Empfehlungen zur Digitalisierung an Schulen der Ständigen Wissenschaftlichen Kommission, dem Beratungsgremium der KMK, veröffentlicht. Hieraus geht eindrücklich hervor, was Interessenvertretungen seit Langem bemängeln: Es fehlt an IT-Fachkräften an Schulen. Beckmann kommentiert:

Vorlesestudie 2021

Kitas haben Schlüsselrolle in der Entwicklung von Lese- und Sprachkompetenz

Vorlesen hat für Kinder, gerade in einem Alter, indem sie noch nicht selbst lesen können, eine besondere Bedeutung. „Über das Vorlesen und Erzählen von Geschichten entstehen bei Kindern Bilder, ihr Wortschatz wird reicher, ihre Interaktion mit der Umwelt wird angeregt. Sprache ist die Kleidung unserer Gedanken. Es ist die gemeinsame Aufgabe von Eltern und Pädagoginnen und Pädagogen, Kinder frühzeitig hierfür zu begeistern, ihre Kompetenz in der Verwendung von Sprache zu fördern und ihnen den Weg zum geschriebenen Wort zu ebnen“, kommentiert der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE), Udo Beckmann, anlässlich der heute veröffentlichten Vorlesestudie 2021. „Dass allerdings über 4 von 10 Kita-Fachkräften an ihrer Einrichtung wahrnehmen, dass überdurchschnittlich vielen Kindern Impulse durch Vorlesen zu Hause fehlen, stimmt bedenklich. Dass Eltern ihrer Rolle diesbezüglich nicht immer gerecht werden oder nicht gerecht werden können, erhöht die Herausforderungen für pädagogische Fachkräfte, diese Versäumnisse bestmöglich aufzufangen. Auch die Zahlen der heute veröffentlichten Studie verdeutlichen einmal mehr: Nur wenn Kitas durch die Politik angemessen unterstützt und gefördert werden, können Kinder angemessen unterstützt und gefördert werden. Vor allem der eklatante Personalmangel an Kitas und die damit einhergehende Be- und Überlastung des pädagogischen Fachpersonals muss von der Politik konsequenter angegangen werden. Die vor wenigen Wochen veröffentlichte DKLK-Studie hat deutlich gemacht, dass auf Grund des Personalmangels oft nicht einmal die Bedingungen für die Aufsichtspflicht erfüllt sind. 40 Prozent

„Die Administration darf nicht einfach der engagierten Informatik-Lehrkraft aufgebürdet werden. Auf der anderen Seite verwehren wir uns aber gegen Überlegungen, Stellen für Lehrkräfte zu monetarisieren, um IT-Fachkräfte einzustellen. Zum einen dürfen notwendige pädagogische Stellen nicht einfach mit anderem Personal besetzt werden, zum anderen schönen sich die Kultusministerien auf diesem Weg doch nur ihre Statistiken, da sie so eine Lehrkräftestelle besetzen. Zudem müssen sie dann nicht mal mehr investieren, weil eine IT-Fachkraft eingestellt wird, für die keine zusätzlichen Kosten entstehen. Das ist ein durchschaubares Spiel, denn die Lehrkraft fehlt ja trotzdem!“

Berlin, 08.10.2021
PD 56_21

der befragten Kitaleitungen gaben an, dass sie in mehr als einem Fünftel der Zeit wegen Personalunterdeckung dieser nicht im notwendigen Maße nachkommen können.

Nur wenn genügend Personal in den Kitas ist, können die vielfältigen Möglichkeiten qualitativ wertvoller pädagogischer Arbeit, wovon das Vorlesen ein wichtiger Teil ist, bestmöglich genutzt werden. Vorlesen macht die Sprache für alle Kinder erlebbar. Gleichzeitig bietet Vorlesen auch vielfältige integrative Potenziale, beispielsweise über mehrsprachige Vorleseerlebnisse, die aktive Einbindung von Eltern, Lesepatinnen und -paten und so weiter. Wenn die Politik die Gelingensbedingungen an Kitas insgesamt verbessert, wissen die engagierten Kolleginnen und Kollegen in den Einrichtungen diese entsprechend zum Wohle und zur Entwicklung der Kinder zu nutzen“, so der Bundesvorsitzende abschließend.

Der VBE Bundesvorsitzende Udo Beckmann ist Vorstandsmitglied der Stiftung Lesen, die die Studie zusammen mit der ZEIT und der Deutsche Bahn Stiftung herausgibt.

Berlin, 27.10.2021
PD 58_21

Schulbarometer

Abgehängt in der Krise – Umfrage zeigt Ungerechtigkeiten schonungslos auf

„Die Ergebnisse des Schulbarometers sind eine Schmach für die politisch Verantwortlichen. Deutlicher kann kaum gezeigt werden, dass Politik zugelassen hat, dass diejenigen, die sowieso schon in schwierigen sozialen Lagen aufwachsen, durch die Krise noch weiter abgehängt wurden“, stellt Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) mit Blick auf die Ergebnisse des Schulbarometers, einer repräsentativen forsa-Umfrage im Auftrag der Robert-Bosch-Stiftung, fest.

An Schulen, an denen mehr als 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen Eltern haben, die Transferleistungen beziehen, ist die Ausstattung mit Luftfiltern und digitalen Endgeräten schlechter. Sie haben höhere Lernrückstände und zeigen deutlicher Probleme bei der Bewältigung der Krise und der Wiederaufnahme des geregelten Unterrichts: Motivationsprobleme, Konzentrationsmängel und Absentismus sind deutlich angestiegen. Der Bundesvorsitzende unterstreicht:

„Hier zeigt sich, dass das Aufholprogramm der Bundesregierung den wahren Kern des Problems nicht trifft. Im deutschen Bildungssystem sind wir in der Regel fähig und ausreichend flexibel, Lernrückstände aufzuholen oder schlicht Kompetenzen in einer anderen Klassenstufe zu vermitteln. Wie aber sollen wir die emotionalen und sozialen Beeinträchtigungen, die insbesondere während der Schulschließungen entstanden, ausgleichen? Der von den Kultusministerien gesetzte Fokus auf Lernen und Wissenserwerb muss unbedingt durch Möglichkeiten ergänzt werden, um die individuelle Förderung umzusetzen und Freiräume zu schaffen für die Herstellung von

guten Beziehungen, Vertrauen und Strukturen zur Stärkung der emotionalen und sozialen Kompetenzen.“

Ebenso zeigt das Schulbarometer, wie weit Versprechen der Politik und Realität vor Ort auseinanderklaffen. Zwar werden Luftfilter mehrheitlich als geeignete Schutzmaßnahme identifiziert, aber nur an 26 Prozent der Schulen gibt es auch welche. „Die Subventionen kommen einfach nicht an“, stellt Beckmann fest. Er begründet: „Im laufenden Haushaltsjahr können vielfach auch die 20 Prozent des Investitionsbetrags, der nicht vom Bund übernommen wird, nicht gestemmt werden. Zudem fehlt den Schulleitungen die Zeit für die Beantragung, den Kommunen das Personal zur Antragsbearbeitung und den Gewerken die freien Ressourcen, um die (teilweise mit hohen Lieferverzögerungen) bereitgestellten Geräte anzuschließen. Bei diesen vielfältigen Gründen allerdings in der Öffentlichkeit stets mit dem Finger auf Schule zu zeigen, wird der komplexen Herausforderung nicht gerecht und verkennt mal wieder die Realität.“

Apropos Realität: „Die vielfältigen Unkenrufe nach einer Impfpflicht von Lehrkräften bekommen durch die Umfrage eine weitere Bremse. 95 Prozent der Befragten gaben bereits im September an, geimpft zu sein. Dies deckt sich mit unseren Eindrücken und weiteren Erhebungen, die teilweise nur länderspezifisch veröffentlicht sind. Wer weiter eine Impfpflicht für Lehrkräfte fordert, trägt Eulen nach Athen – und macht sich lächerlich“, bekräftigt Beckmann seine bisherigen Äußerungen hierzu.

Berlin, 27.10.2021
PD 59_21

Rotstift bei der Gesundheit

Seit Jahren kämpft der Verband Bildung und Erziehung (VBE) für eine flächendeckende, bedarfsgerechte Einführung von Schulgesundheitsfachkräften – insbesondere mit Blick auf das erfolgreiche Pilotprojekt, das dazu von der AWO Potsdam und dem Land Brandenburg durchgeführt wird und sehr gute Evaluierungsergebnisse zeigt. „Dass damit jetzt einfach Schluss sein soll, ist ein fatales Signal. Es heißt nichts anderes, als dass wenn es darauf ankommt, immer Anderes wichtiger sein wird als die Gesundheit von Kindern und ihren Familien“, erklärt Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE).

Der Haushaltsentwurf für 2022, den die brandenburgische Regierung vorlegte, sieht keine weiteren Gelder für die Finanzierung des Pilotprojekts von Schulgesundheitsfachkräften vor. Begründet wird dies damit, dass eine Ausweitung auf alle Brandenburger Schulen nicht möglich sei. Es mache demnach „wenig Sinn“, das Projekt weiterzuführen, wenn nicht alle Kinder davon profitieren können. Der Bundesvorsitzende zeigt sich empört: „Das entbehrt jeder Logik. Anstatt nach klugen Lösungen zu suchen, wird das Vorzeigeprojekt Deutschlands sang- und klanglos aufgegeben. Während andere Länder langsam und zaghaft nachgezogen sind und eigene Pilotpro-

jekte aufgebaut haben, gibt Brandenburg eine Struktur auf, die ihren Nutzen mehr als bewiesen hat. Das ist ein Frevel sondergleichen.“

Die Entscheidung komme zudem zur Unzeit. Die Inzidenzen bei Kindern liegen durchschnittlich doppelt so hoch wie die Inzidenz in der Gesamtgesellschaft, teils weit darüber. „Wir befinden uns in der mittlerweile vierten Welle der COVID-19-Pandemie. Dass es so weit kommen musste, ist schon schlimm genug. Jetzt bei der Gesundheit der Kinder weiter einzusparen, hinterlässt uns fassungslos. Und dass, wo sie als letzte Gruppe ohne Impfschutz ohnehin besonders gefährdet sind. Insbesondere in der Vermittlung und Umsetzung der Hygienemaßnahmen kam den Schulgesundheitsfachkräften eine zentrale Rolle zu. Überall, wo sie tätig waren, möchte man sie nicht mehr missen“, so Beckmann zur Wirkung der Fachkräfte während der Pandemie.

Kontext:

Ein Pilotprojekt der AWO Potsdam (www.schulgesundheitsfachkraft.de) hat die Effekte untersucht, die Schulgesundheitsfachkräfte in der Unterstützung von Schülerinnen und Schülern mit chronischen Erkrankungen oder anderweitigen physischen oder psychischen Förderbedarfen erzeugt. Die Ergebnisse der begleitenden Studie

der Charité sprechen für sich. Abgesehen von der kurzfristigen Versorgung von Unfällen und Erkrankungen hat sich der gesundheitliche Zustand der Kinder (und Familien) auf allen Ebenen verbessert. Sei es die Mundhygiene oder Veränderungen hin zu mehr Bewegung und gesünder Ernährung. Auch eine Entlastung der Lehrkräfte war deutlich spürbar.

Berlin, 03.11.2021
PD 60_21



VBE fordert Ausweitung der Tests und nachvollziehbare Quarantäneregeln

Bildung braucht mehr Gesundheitsschutz

„Mit Unverständnis stellen wir fest, dass die Politik abermals nur reaktiv mit dem erwartbaren Anstieg der Infektionszahlen umgeht, anstatt Verantwortung für die Bevölkerung zu übernehmen. Auch wenn Kinder seltener schwer erkranken, können wir noch nicht abschätzen, welche Folgen sich langfristig einstellen.“

Es sind daher dringend Schutzmaßnahmen zu treffen, um eine weitere Ausbreitung des Virus einzudämmen und gleichzeitig den Schulbetrieb in Präsenz zu sichern“, so Udo Beckmann, Bundesvorsitzender des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE).

Der VBE richtet zwei Kernforderungen an die Politik. Es wird erwartet, dass die Gesundheitsämter sich künftig, insbesondere bei der Regelung der Quarantänemaßnahmen, an den im Auftrag des Bundesbildungsministeriums erstellten S3-Leitlinien orientieren sollen, die sich wiederum auf RKI-Empfehlungen berufen. „Was gar nicht geht, ist, dass Gesundheitsamt A etwas anderes entscheidet als Gesundheitsamt B – und das Ganze dann auf dem Rücken der Kinder und Beschäftigten ausgetragen wird“, so Beckmann.

Zudem ist die Ausweitung der regelmäßigen Tests eine zentrale Forderung des VBE. Wo immer es möglich ist, sollte an drei nicht aufeinanderfolgenden Tagen in der Woche getestet werden. Dies darf allerdings nicht zu einer Zusatzbelastung für Schulleitungen oder Lehrkräfte werden.

Zusätzlich zu den Hauptforderungen setzt sich der VBE seit geraumer Zeit für einen Einsatz von Luftfiltern ein. „Luftfilter sind nicht der Weisheit letzter Schluss, aber sie unterstützen die Möglichkeit eines kontinuierlichen Präsenzunterrichts“, so Beckmann.

Von der Politik fordert Beckmann weiter: „Die Pandemie darf nicht länger als Projektionsfläche für parteipolitische Spielchen genutzt werden. Das mussten wir lange genug mitansehen. Von der Kommune über die Landes- bis zur Bundesebene müssen jetzt alle Akteure aktiv werden und gemeinsam Verantwortung übernehmen, anstatt weiterhin stoisch auf das Prinzip Hoffnung zu setzen.“

Berlin, 12.11.2021
PD 61_21

Seniorenpolitische Fachtagung und Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung



V. l. n. r.:
Dr. Horst Günther Klitzing (Bundsvorsitzender der dbb-Senioren), Rita Hengesbach (VBE Saarland), Heinrich Bahns (VBE Niedersachsen), Max Schindlbeck (Bundessprecher der VBE Seniorenvertretung), Mathia Arent-Krüger (VBE NRW) und Gerhard Kurze (stellvertretender Bundessprecher der VBE Seniorenvertretung)

Eine willkommene Rückkehr zur „Normalität“ waren die zusammengelegten Veranstaltungen – die seniorenpolitische Fachtagung und die Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung, welche zwar unter strengen Hygieneregeln, aber zur Freude aller Teilnehmenden in Präsenz stattfinden konnten.

In das Thema der Fachtagung am 5. Oktober 2021 „Mobil sein – neue Wege gehen“ führte Dr. Jan Alexandersson in beispielhafter Weise mit seinem Vortrag „mobil SAAR – vernetzter ÖPNV“ ein. Er veranschaulichte das Zusammenwirken von Mensch, Künstlicher Intelligenz und technischer Umgebung mit dem Ziel einer allgemeinen uneingeschränkten Barrierefreiheit am Beispiel eines durch reine Gedankenimpulse betätigten Fahrstuhls. Dazu war das Vernetzen eines interdisziplinären Konsortiums mit den Ergebnissen der benutzerorientierten Forschungs- und Entwicklungsmethode sowie die Ausbildung unabhängiger Arbeitslotsen die wesentliche Voraussetzung, nicht zuletzt, um die auch im Saarland noch zu behäbige Bürokratie zu umgehen.

Mit dem Thema „Assistenzsysteme für die individuelle Mobilität“ ging dann Prof. Dr. Ing Andreas Heim nach Klassifizierung aller möglichen Arten von Mobilitätseinschränkungen auf rein praktische Anwendungen von Künstlicher Intelligenz ein. Dazu nannte er halbautonomes Autofahren, adaptive Fahrassistenz beim Radfahren und den Einsatz eines Assistenzautomaten bei einem Patienten mit eingeschränkter Bewegungsfähigkeit. Letzteres führte er auch in einem Kurzfilm vor, betonte aber auch hier die Wichtigkeit institutsübergreifender Zusammenarbeit.

Abgerundet wurde die Fachtagung mit einer Podiumsdiskussion mit den Referenten und mit einer „Anleitung zur Beweglichkeit“. Frau Dr. Kuan-Wu Lin animierte die Teilnehmenden, darunter die VBE-Delegierten Max Schindlbeck, Gerhard Kurze, Mathia Arent-Krüger und Rita Hengesbach, sich selbst mit einer Abfolge von Tai-Chi-Übungen zum Abschalten und Herunterkommen vertraut zu machen.

Auch die am nächsten Tag folgende Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung wurde von der Pandemie stark beeinflusst. Die Berichte der Geschäftsführung, die Berichte aus den Landesverbänden sowie die Aussprachen dazu zeigten, dass die allermeisten Aktivitäten nur fernmündlich oder online stattfinden können. Allerdings erwies sich das Grußwort von Friedhelm Schäfer, dem Fachvorsitzenden Beamtenpolitik, als besonders interessant, konnte er doch einen unerwarteten Ausblick auf den nächsten Gewerkschaftskongress bieten. Auch der Impulsvortrag „BAGSO – Interessenvertretung der älteren Generation“ des BAGSO-Geschäftsführers, Dr. Guido Klumpp, traf auf ungeteiltes Interesse.

Mit den vorgetragenen Zielsetzungen, dem breiten Spektrum der Fachkommissionen – in fünf davon arbeiten VBE-Vertreterinnen und -vertreter mit – und der internationalen Zusammenarbeit u. a. beim zweiten Weltaltplan der UNO konnte er geschickt zum Besuch des Deutschen Seniorentags in Hannover einladen.

Abschließend wurde der Haushaltsvorschlag 2022 zustimmend zur Kenntnis genommen, ebenfalls die Terminplanung für 2022, auch in der Hoffnung, dass dabei coronabedingte Einschränkungen dann der Vergangenheit angehören.

Gerhard Kurze

Hauptversammlung der dbb frauenvertretung in Sachsen-Anhalt

Am 13.09.2021 fand die Hauptversammlung der frauenvertretung des dbb in Sachsen-Anhalt in Magdeburg statt. Nach den Berichten über die umfangreichen Aktivitäten der einzelnen Fachverbände und Gewerkschaften wurde der Koalitionsvertrag des Landes Sachsen-Anhalt hinsichtlich der Umsetzung des Grundrechtes auf Gleichstellung der Geschlechter und unter anderem die Weiterentwicklung des Frauenfördergesetzes analysiert und besprochen.

Die Probleme und Schwierigkeiten bei der Umsetzung der Digitalisierung und des Homeoffice im Zusammenhang mit den Aufgaben von Frauen während der Pandemie und deren besondere Belastung wurden ausgetauscht.

Daraus resultiert eine Vielzahl an Aufgaben, die koordiniert und diskutiert werden müssen. Aus diesem Grund findet am 13.01.2022 erstmals in Sachsen-Anhalt ein Online-Stammtisch statt, der in regelmäßigen Abständen themenorientiert durchgeführt werden soll.

Neue Gewerkschaftswahlen stehen an, es wird Zeit die Gleichheit der Geschlechter vorzuleben. So wird es besser



gelingen, jungen Menschen deutlich zu machen, was Gewerkschaften leisten. Es gilt, jungen Menschen die Arbeit von Gewerkschaften transparent zu machen und ihnen zu zeigen, wie diese sich positiv auf das Berufsleben eines jeden auswirken können.

Antje Gall
Referat Frauen

Hauptversammlung der VBE Bundesfrauenvertretung



Endlich wieder in Präsenz trafen sich die Frauenvertreterinnen der einzelnen Bundesländer zu ihrer Hauptversammlung vom 23.9. bis 25.9.2021 in Berlin. Dem vorausgegangen war der 12. dbb bundesfrauenkongress, welcher pandemiebedingt am 13.4.2021 in digitaler Form

stattfand. Es galt über 300 Anträge der einzelnen Mitgliedsgewerkschaften abzustimmen und eine neue Geschäftsführung zu wählen. Mit 66 Gewerkschafterinnen galt der Verband Bildung und Erziehung als die größte Gruppe der Delegierten. Im Nachgang wurde am

19.6.2021 in einer Online-Sitzung Tanja Küsgens (VBE NRW) zur neuen Bundesfrauensprecherin des VBE gewählt.

In Berlin galt es nun, die Anträge an den Bundesfrauenkongress zur Nachlese zu bringen und aktuelle Themen, hier besonders auch die Situation der Corona-Krise und deren Auswirkung auf Schule zu diskutieren. Es zeigte sich einheitlich, dass der Einsatz multiprofessioneller Teams dringend auf den Weg gebracht werden muss. Lehrkräfte müssen entlastet werden von Aufgaben, die fernab vom Unterrichts- und Erziehungsauftrag stehen. Am 27.10.1994 wurde das Grundgesetz um eine wesentliche Ergänzung erweitert. „Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.“ Gleichstellung ist seitdem ein Verfassungsauftrag. So gilt es auch in den Fachgewerkschaften des dbb auf die paritätische Besetzung der Gremien zu wirken. Wie sieht dies im VBE aus?

Im Sommer 2021 erhielten alle Landesverbände eine Anfrage zur Parität. Wie wird die Teilhabe an Gremien, die Mitarbeit im Verband für Frauen und auch junge pädagogische Kräfte gefördert? Hieraus entsteht ein echter Auftrag für alle Landesverbände. Die Teilnehmerinnen der Hauptversammlung der Bundesfrauenvertretung konnten erste Erkenntnisse aus den einzelnen Bundesländern zusammenstellen. Eine grafische und textliche Aufberei-

tung wird erfolgen. Deren Veröffentlichung ist zur VBE Bundeshauptversammlung Ende dieses Jahres vorgesehen.

Es zeigte sich bereits ein deutlicher Trend, dass einige VBE-Landesverbände die Förderung von jungem Nachwuchs teils gut auf den Weg gebracht haben, jedoch die Besetzung von Gremien und die Förderung von gewerkschaftlicher Frauenarbeit noch forcieren müssen. Hier erstaunt es, dass bei einem enormen Mitgliedsanteil von Frauen, der bei 68% bis 82% liegt, die paritätische Besetzung der Gremien kaum gegeben ist. Es muss überdacht werden, wann und wie es besser gelingen kann, Frauen in gewerkschaftliche Arbeit zu integrieren. Ansätze von Maßnahmen zur konkreten Förderung konnten besprochen werden. Es gilt, vorhandene Kompetenzen zu nutzen und auszubauen, in Vorstandsarbeit durch Mitgliedschaft oder Einladung zu themenbezogenen Sachverhalten zu integrieren, Strukturen an das Familien- und Arbeitsleben anzupassen, Motivationen und Wertschätzung zu stärken, Fortbildungen in digitaler Form anzubieten, Frauennetzwerke zu etablieren, Nachwuchs zu fördern,...

Lassen Sie uns diese Chance nutzen! Seien Sie Teil dieses Auftrags und LEBEN Sie ihre Verbandsarbeit!

Peggy Krause,
Referat Frauen



In eigener Sache

Für das Jahr 2022 sind die Ausgaben der Zeitschrift „transparent“ wie folgt geplant:

Ausgabe	Redaktionsschluss	Erscheinungstermin
01-2022	25.01.22	15.02.22
02-2022	26.04.22	17.05.22
03-2022	30.08.22	20.09.22
04-2022	15.11.22	06.12.22

Torsten Wahl
Schriftleiter transparent

Schutz vor sexuellem Missbrauch – Wie Lehrkräfte spielend helfen lernen



Mit sexueller Gewalt an Kindern und Jugendlichen möchte sich niemand gerne auseinandersetzen. Sie ist jedoch Realität für viele Schülerinnen und Schüler. Daher ist es wichtig, dass gerade Lehrkräfte und andere schulische Fachkräfte im pädagogischen Alltag in der Lage sind, die Signale von betroffenen Kindern und Jugendlichen frühzeitig zu erkennen und zu wissen, wie sie im Verdachtsfall helfen können. „Schulen haben als Ort von Schutz und Hilfe bei sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche eine enorme Bedeutung.“

Zahlen aus Dunkelfeldschätzungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zeigen, dass in Deutschland durchschnittlich ein bis zwei Kinder und Jugendliche in jeder Schulklasse von sexueller Gewalt betroffen sind. „Schulen haben als Ort von Schutz und Hilfe bei sexueller Gewalt gegen Kinder und Jugendliche eine enorme Bedeutung“, sagt Johannes-Wilhelm Rörig, der Unabhängige Beauftragte der Bundesregierung für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs (UBSKM). Nirgendwo sonst lassen sich Kinder und Jugendliche im Schulalter besser erreichen. Menschen, die an Schulen tätig sind – Klassenlehrkräfte, Sozialpädagogisches Personal, Horterziehende, Schulsekretärinnen und -sekretäre oder Referendarinnen und Referendare – können zudem wichtige Vertrauenspersonen für Kinder und Jugendliche sein. „Viele schulische Beschäftigte sind im Umgang mit dem Thema jedoch sehr unsicher“, so Rörig.

Digitales Fortbildungsangebot soll sensibilisieren und Ängste nehmen

Das kostenlose digitale Fortbildungsangebot „Was ist los mit Jaron?“ möchte schulische Beschäftigte unterstützen, Schülerinnen und Schüler besser vor sexueller Gewalt zu schützen. Das „Serious Game“ vermittelt den Teilnehmenden in lebensnahen Situationen aus dem Schulalltag, wie sie mögliche Hinweise auf sexuellen Missbrauch erkennen, bei einem Verdacht handeln und sich Unterstützung suchen können. In ca. vier Stunden vermittelt der Online-Kurs grundlegendes Wissen zum Thema sexueller Kindesmissbrauch, zu Täterstrategien, zur Entkräftung von weit verbreiteten Mythen und zur Rolle von schulischen Beschäftigten beim Kinderschutz. Der Grundkurs verringert eine weit verbreitete Unsicherheit von Lehrkräften im Umgang mit diesem sensiblen Thema. Der Kurs ist eine Kooperation des UBSKM und den Kultusbehörden der Länder im Rahmen der Initiative „Schule gegen sexuelle Gewalt“. Er wurde gemeinsam mit Präventionsexpertinnen und -experten entwickelt und vorab in Fokusgruppen und Fortbildungsveranstaltungen einzelner Bundesländer getestet.

Wissen, was zu tun ist

Basiswissen vermitteln, schulisches Personal stärken, konkrete Handlungsoptionen aufzeigen – das sind die Ziele der Fortbildung. Wie wichtig es ist, zu wissen, wie man selbst helfen kann, zeigt der Fall der Betroffenen Lena (Name anonymisiert). Sie war in ihrer Kindheit sexueller Gewalt im familiären Kontext ausgesetzt und sendete damals deutliche Signale an die Menschen in ihrem



Umfeld. Trotzdem wurde ihr lange nicht geholfen. „In der 7. Klasse war es meine Klassenlehrerin, der ich mich schließlich anvertraute und die mich unterstützte. Seit diesem Zeitpunkt wurde die Schule für mich zu einem Rückzugsort, um Kraft zu tanken und weiter zu machen.“ Heute arbeitet sie selbst als Erzieherin in einer Kita und weiß, wie wichtig Fortbildungsangebote für Fachkräfte sind – und wie viele pädagogische Fachkräfte noch denken, dass sexueller Missbrauch nur ganz selten vorkommt.

Wer kann teilnehmen?

Das digitale Fortbildungsangebot richtet sich an alle schulischen Beschäftigten. Für Grundschulen steht der Kurs bereits seit Ende Juni 2021 zur Verfügung, für weiterführende Schulen (inkl. Förderschulen) ist der Kurs mittlerweile ebenfalls freigeschaltet. Auf der Website

www.was-ist-los-mit-jaron.de kann der Kurs kostenfrei und anonym oder mit Anmeldung durchlaufen werden. Angemeldete Nutzerinnen und Nutzer können die Fortbildung mit jeweiligem Zwischenspeichern individuell unterbrechen und erhalten am Ende eine Teilnahmebescheinigung. Der Kurs wird in allen Ländern als Fortbildung anerkannt.

Weitere Informationen:

Die folgenden Websites bieten Aufklärung und Hilfe zum Thema sexuelle Gewalt gegen Kinder und Jugendliche:
www.schule-gegen-sexuelle-gewalt.de
www.wissen-hilft-schuetzen.de
www.hilfeportal-missbrauch.de

Friederike Beck, Presse UBSKM

Gut zu wissen – Termine und Fristen

Immer wieder kommt es vor, dass eine Kollegin oder ein Kollege einen Antrag auf Teilzeit, Wechsel in ein anderes Bundesland usw. stellen will. Aber bis wann? Dazu hat das Kultusministerium/Bildungsministerium 2015 einen entsprechenden Erlass erlassen - „Antragsfrist für personalwirtschaftliche Maßnahmen“.

Darin heißt es:

„2. Für eine verlässliche Planung eines Schuljahres unter dem Aspekt einer möglichst umfassenden Betrachtung aller Ressourcen und der Wahrung einer landeseinheitlichen Verfahrensweise unter dem Blickwinkel der Gleichbehandlung können regelhaft nur Maßnahmen einbezogen werden, die bis zum 31. Januar beantragt werden. Die Regelung dient der Vorbereitung des jeweils nächsten Schuljahres mit dem Ziel:

- den organisatorischen Aufwand für die Planung des Schuljahres in einem vertretbaren Rahmen zu halten und
- individuelle Belange der Beschäftigten möglichst umfassend berücksichtigen zu können, damit eine sachgerechte Abwägung zwischen dienstlichen und persönlichen Belangen gewährleistet ist und
- für alle Beteiligten ein hohes Maß an Planungssicherheit erzielt werden kann.“

Folgende Anträge sind deshalb bis zum 31. Januar zu stellen:

- Anträge auf Teilzeit oder Veränderung der wöchentlichen Arbeitszeit (z.B. nach Teilzeit-TV Schulen LSA, TV-L, BeamtStG oder LBG LSA);
- Anträge auf Beurlaubung mit oder ohne Bezügen (z.B. nach TV-L, LBG LSA oder UrIVO). Unter die Antragsfrist nach Nummer 2 fallen dabei nur Beurlaubungen mit einer Dauer von

länger als vier Wochen;

- Anträge auf Teilzeit oder Beurlaubung aus familiären Gründen (§ 65 LBG LSA);
- Anträge auf Beurlaubungen für eine Tätigkeit an einer Ersatzschule (§ 16a Abs. 5 SchulG LSA);
- Anträge für die Aufnahme in den Bewerbungspool für einen Einsatz im Auslandsschulwesen (sowohl als Auslandsprogrammlehrkraft als auch als Landesprogrammlehrkraft oder als Ortslehrkraft);
- Anträge auf Abordnung oder Versetzung an eine andere Schule oder eine andere Behörde innerhalb oder außerhalb des Landesdienstes;
- Anträge auf Versetzung in den Schuldienst eines anderen Bundeslandes (Ländertauschverfahren).

Ausnahmen sind nur in begründeten Fällen zu berücksichtigen.

Entsprechend des Erlasses sind Anträge auf Altersteilzeit (nach TV ATZ oder § 66 LBG LSA) nach Möglichkeit bis zum 31. Januar zu stellen, auch wenn eine davon abweichende gesetzliche oder tarifvertragliche Frist zu Grunde liegt.

Dagegen sind Anträge auf die Gewährung von Elternzeit sind zeitnah zu stellen. Ist im Anschluss an die Elternzeit eine Beurlaubung oder Ermäßigung der Arbeitszeit beabsichtigt, dann sollte die Terminsetzung entsprechend des Erlasses berücksichtigt werden.

Für die Einhaltung der Antragsfrist gilt der Eingang beim Landesschulamt. Die Schulleiterin oder der Schulleiter ist zeitgleich über die Antragstellung zu informieren.

ube-redaktionsteam



Andere Adresse? Mehr Geld – andere Entgeltgruppe? In Altersteilzeit? Andere Schule?

Liebes Mitglied, um auch in Zukunft gut informiert zu sein oder einfach die Vorzüge der Mitgliedschaft besser in Anspruch nehmen zu können, ist es notwendig, dass die Landesgeschäftsstelle immer auf dem aktuellen Stand ist. Sollte sich die Bankverbindung geändert haben (z. B. durch Änderung der Bankleitzahl), dann ist es dringend erforderlich, diese geänderten Daten mitzuteilen. Eine Fehlbuchung kann je nach Bank bis zu 10 EUR kosten!

Helfen Sie dem VBE Sachsen-Anhalt, diese unnötigen Kosten zu sparen und senden Sie diesen Abschnitt an: Verband Bildung und Erziehung, Sachsen-Anhalt, Landesgeschäftsstelle, Feuersalamanderweg 25, 06116 Halle/Saale oder per Fax 0345-6872178.

- Änderung der Dienststelle Löschung der Mitgliedschaft Änderung des Namens
- Änderung der Bankverbindung Änderung der Anschrift Änderung der Arbeitszeit
- Änderung der Vergütung (Besoldungs- bzw. Entgeltgruppe) Änderung zu Altersteilzeit/Renteneintritt
- _____ _____

Mitglied _____

Änderung im Detail _____

Datenschutzerklärung/Einwilligung:

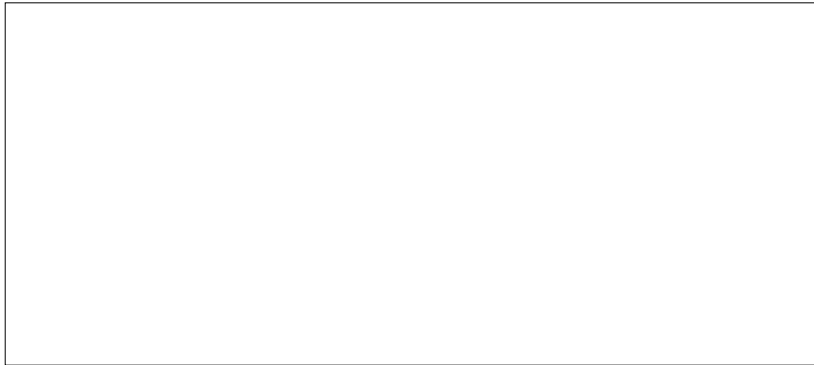
Verband Bildung
und Erziehung
Feuersalamanderweg 25
06116 Halle
T. + 49 345 - 6872177
F. + 49 345 - 6872178
E-Mail: post@vbe-lsa.de

Wir möchten Sie darauf hinweisen, dass Ihre personenbezogenen Daten im Rahmen der Mitgliederverwaltung des VBE Sachsen-Anhalt elektronisch erfasst, gespeichert, bearbeitet und zum Zweck der Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben des Verbandes auch weitergegeben werden. Es ist dabei gewährleistet, dass dies nur zur Erfüllung der Verbandsaufgaben und zur Inanspruchnahme der Leistungen aus der Mitgliedschaft erfolgt. Dies umfasst auch die Kommunikation per E-Mail und das Verwenden der von Ihnen angegebenen Adressdaten zu diesen Zwecken.

Mit meiner Unterschrift bestätige ich die Kenntnis davon und mein Einverständnis.

Unterschrift _____

Bitte unterschrieben zurücksenden!



PERSONALRATSSCHULUNG

Wann?

Mittwoch, 23. Februar 2022, 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr

Wo?

K6 Seminarhotel, Kirschallee 6, 38820 Halberstadt

Grundschulung für Schulpersonalräte

Schwerpunkte u. a.

- └ Aufgaben des Schulpersonalrates/der Personalräte
- └ Rechte und Pflichten des Schulleiters
- └ Fragen zu Aufsichten
- └ der neue Flexi-Erlass
- └ Umgang mit Kündigungen im Schuldienst
- └ Betreuung von Referendaren + Seiteneinsteiger
- └ Abordnung/Versetzung, welche Aufgaben hat der Schulpersonalrat
- └ Mehr- und Minderstunden/Aufsichtspflicht bei Abordnung
- └ Umgang mit Überlastungsanzeigen

Kosten

Mitglieder des VBE: kostenfrei
Nichtmitglieder: 25,- €

Anmeldung

Verband Bildung und Erziehung – VBE

Wegen der begrenzten Teilnehmerzahl ist eine verbindliche schriftliche Anmeldung bis zum 31.01.2022 notwendig.

Achtung im ORIGINAL!

Abtretungserklärung/Entsendebeschluss nicht vergessen!

Kursorganisation

Torsten Wahl
Feuersalamanderweg 25, 06116 Halle/Saale
Tel.: 0345/6872177 – Fax: 0345/6872178
E-Mail: post@vbe-lsa.de

PERSONALRATSSCHULUNG –
der VBE ermöglicht das!